

Freundschaft

Zeitung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Kasachstans

Erscheint seit 1. Januar 1966

Sonnabend, 10. Juni 1989

Nr. 113 (5 991)

Preis 3 Kopeken

Auf dem Kongreß der Volksdeputierten der UdSSR

Am 8. Juni setzte der Kongreß der Volksdeputierten der UdSSR in Moskau im Kremldom seinen Arbeit fort.

Auf der Morgenstunde führte der Deputierte A. M. K. Brazauskas den Vorsitz. Die Deputierten setzten die Erörterung der Frage der Grundrichtungen der Innen- und Außenpolitik der UdSSR sowie des Programms der bevorstehenden Tätigkeit der Sowjetregierung fort.

Die Wahlkampagne, die Treffen mit Wählern, stellte der Deputierte G. W. Bykow fest, führten vor Augen, daß das Volk mit dem Tempo der Perestrojka offensichtlich unzufrieden ist. Die Arbeiterklasse ist für die Umgestaltung und dafür, möglichst schnell wirtschaftliche und politische Reformen zu verwirklichen. Dabei sind gerade die Arbeiter, so meinte der Deputierte, davon gleichsam abseits geblieben. Der Redner rief den Obersten Sowjet der UdSSR auf, in der nächsten Zeit einen Arbeiterkongreß einzuberufen.

Zu den prinzipiellen Grundlagen des Berichtes des Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR Stellung nehmend, betonte der Deputierte N. P. Schmeljow, daß ihn als Ökonomen nicht so sehr die langfristige Perspektive unserer Entwicklung als vielmehr die kommenden paar Jahre beunruhigen. Weiter schlug der Deputierte seines Erachtens zuverlässige Maßnahmen vor, die schon in den nächsten paar Jahren es ermöglichen sollen, den Inflationsprozeß zu stoppen, dem beunruhigenden Anwachsen des Zahlungsbilanzdefizits eine andere Wende zu geben, mit einer planmäßigen Sanierung der Wirtschaft zu beginnen.

Die Lebensmittelversorgung, bemerkte der Deputierte aus dem Gebiet Omsk I. A. Nasarow, ist die wunde Stelle der Umgestaltung. Es ist beunruhigend, daß viele Beschlüsse über die Landwirtschaft in der letzten Zeit einen deklarativen Charakter haben. Das ist darauf zurückzuführen, daß der Agrarsektor nicht vom Fleck kommt, was gerade manche Leute veranlaßt, die Bauernarbeit negativ zu bewerten.

Die Deputierte I. A. Jegorowa analysierte eine Reihe von Problemen, die besonders für den Altai und Sibirien aktuell sind. Große Aufmerksamkeit wurde in der Ansprache der Vervollkommnung der medizinischen Betreuung beigegeben.

In vielem sind die heutigen Schwierigkeiten auf die Unkonsequenz der Politik zurückzuführen, erklärte der Deputierte A. M. Jemeljanow. Die neue Denkweise wandten wir richtig nur in der Außenpolitik an, wo wir auch reale Ergebnisse haben. Was die Entwicklung der Wirtschaft und des sozialen Bereiches angeht, überwiegen hier alte Methoden, Bewegung von Erreichten her, Flickchen von Löchern.

Mit meiner Ansprache, sagte die Deputierte J. A. Gajer, verbinden Tausende meiner Landsleute — die Nananen, Ulschen, Niwchen, Orotschen und andere Völker — ihre Hoffnung auf Erfolg der Umgestaltung. Sie veranstalten keine Massenkundgebungen und Demonstrationen, aber bedeutet es etwa, daß man ihre schwache Stimme hier nicht vernommen wird? Die Rednerin verwies auf ihr alles andere als leichte Schicksal.

Die Atmosphäre des Kongresses, unterstrich der Deputierte G. G. Gumbardise, widerspiegelt in vielem den komplizierten und manchmal auch widersprüchlichen Stand unserer Gesellschaft. In diesem Zusammenhang erinnerte sich der Redner an die Aprilereignisse in Tbilissi. Er sagte, daß der in der Republik gefaßte Beschluß, der zu so schwerwiegenden Folgen, zur Vertrauenskrise, zu moralisch-politischem Schaden führte, unter Bedingungen der Demokratie nicht als politisch gerecht anerkannt werden darf.

Der ökologischen Lage im Lande widmete seine Ansprache der Deputierte A. W. Jablokow. Seine Ansicht nach, führt die Machtlosigkeit der Sowjets zur spontanen, ökologisch gefährlichen Entwicklung ganzer Regionen. Der Redner behauptete, daß die ökologische Krise in den nachkommenden Jahren anwachsen und sich vertiefen wird, wenn keine dringenden und effektiven Maßnahmen ergriffen werden.

Der Deputierte W. M. Gwosdew, Brigadier der mechanisierten Komplexbrigaden der Grube „Raspadskaja“ aus Kusbass erklärte, daß er als die Hauptaufgabe den Kampf um die Realisierung der in den Wähleraufträgen, im Appell des ZK der KPdSU an die Partei und an das Sowjetvolk dargelegten Plattform betrachte. In diesen Dokumenten gäbe es alles, was für die Verbesserung des Lebens der einfachen Sowjetmenschen notwendig ist.

Das Wort wurde dem Deputierten O. O. Sulejmenow erteilt. (Seine Rede wird demnächst veröffentlicht werden.)

Der Kongreß ist zur Frage der Bestätigung des Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR übergegangen.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden des Obersten Sowjets der UdSSR M. S. Gorbatschow wurde vom Kongreß N. I. Ryshkow durch Stimmenmehrheit zum Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR bestätigt.

Ans Rednerpult tritt N. I. Ryshkow. Er dankte für seine Bestätigung auf dem hohen Staatsposten und sagte: Ich werde zu diesem Amt zum zweitenmal ernannt und muß feststellen, daß die Prozedur, die in diesen Tagen, gestern und heute, stattfand, sich sehr von der alten Praxis der Ernennung auf hohe Posten in unserem Staat unterscheidet. Ich bewerte das als das Ergebnis jener gewaltigen Wandlungen in unserem Lande in den Jahren der Umgestaltung, die es uns ermöglicht haben, alle Fragen unseres Lebens, unserer Gesellschaft eben auf demokratischer Grundlage zu behandeln und die Repräsentanten unseres Staates zu ernennen.

Die nächste Frage der Tagesordnung ist die Wahl des Verfassungsschutzkomitees der UdSSR.

Laut Verfassung der UdSSR wird das Verfassungsschutzkomitee der UdSSR vom Kongreß der Volksdeputierten der UdSSR für die Dauer von zehn Jahren aus Fachleuten auf dem Gebiet der Politik und des Rechtswesens in folgender Zusammensetzung gewählt: Vorsitzender, Stellvertreter Vorsitzender und 21 Komiteemitglieder, einschließlich Vertreter jeder Unionsrepublik.

M. S. Gorbatschow unterbreitet den Vorschlag, zum Vorsitzenden des Verfassungsschutzkomitees W. N. Kudrjawzew, Vizepräsident der Akademie der Wissenschaften der UdSSR, und zum Stellvertretenden Vorsitzenden — B. M. Lasarew, Sektorleiter im Institut für Staats- und Rechtswesen der UdSSR, zu wählen. Es wird vorgeschlagen, in den Bestand des Komitees Vertreter aller Unionsrepubliken und namhafte Fachkräfte auf dem Gebiet der Politik und des Rechtswesens aufzunehmen.

An der Erörterung der Frage beteiligten sich die Deputierten N. N. Woronzow, W. I. Kolotow, R. W. Gudalits, A. O. Dobrowolski, S. G. Balajan, S. B. Kallagin, D. A. Kerimow, A. M. Jakowlew, A. M. Obolenski, J. W. Kogan, A. A. Plotniks und andere. Die Redner äußerten unterschiedliche Meinungen über den Vorschlag. Es gab Vorschläge, die Lösung der Frage über die Bildung des Verfassungsschutzkomitees aufzuschieben, man dürfte mit der Lösung einer so wichtigen Frage nicht eilen.

Darauf gab der Vorsitzende des Obersten Sowjets der UdSSR M. S. Gorbatschow Erläuterungen zu der zur Diskussion stehenden Frage.

Durch Stimmenmehrheit beschließen die Deputierten, die Wahl des Verfassungsschutzkomitees der UdSSR auf dem jetzigen Kongreß der Volksdeputierten der UdSSR durchzuführen.

Gefäßt wurde auch der Beschluß, die Erörterung der Frage der Wahl des Verfassungsschutzkomitees auf die nächste Sitzung zu verlegen. Das Präsidium des Kongresses wurde beauftragt, bis dahin Beratungen durchzuführen und über die Ergebnisse Bericht zu erstatten.

M. S. Gorbatschow unterbreitet den Vorschlag, J. A. Smolenzew als Vorsitzenden des Obersten Gerichts der UdSSR zu bestätigen.

J. A. Smolenzew beantwortete die Frage eines Deputierten.

Durch Stimmenmehrheit wird J. A. Smolenzew als Vorsitzender des Obersten Gerichts der UdSSR bestätigt.

Es wird der Vorschlag unterbreitet, J. G. Matwejew als Staatlichen Hauptschiedsrichter der UdSSR zu bestätigen.

Durch Stimmenmehrheit wird der Vorschlag angenommen; J. G. Matwejew wird als Staatlicher Hauptschiedsrichter der UdSSR bestätigt.

M. S. Gorbatschow schlägt vor, als Vorsitzenden des Komitees für Volkskontrolle der UdSSR G. W. Kolbin zu bestätigen.

G. W. Kolbin beantwortete die Fragen von Deputierten.

Der Kongreß bestätigt durch Abstimmung G. W. Kolbin als Vorsitzenden des Komitees für Volkskontrolle der UdSSR.

Den Deputierten wird die Frage der Bestätigung A. J. Sucharew als Generalstaatsanwalt der UdSSR vorgelegt.

A. J. Sucharew wird das Wort zur Beantwortung der Fragen von Deputierten erteilt.

Durch Stimmenmehrheit wird A. I. Sucharew als Generalstaatsanwalt der UdSSR bestätigt.

Damit kam die Nachmittags-sitzung des Kongresses zum Abschluß.

Am 9. Juni setzt der Kongreß der Volksdeputierten der UdSSR seine Arbeit fort.



MOSKAU, Kongreß der Volksdeputierten der UdSSR. Während der Abstimmung.

Foto: TASS

(TASS)

Beschluß des Kongresses der Volksdeputierten der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken Über die Bestätigung des Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR

Der Kongreß der Volksdeputierten der UdSSR beschließt hiermit, als Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR Genossen Ryshkow, Nikolai Iwanowitsch, zu bestätigen.

Beschluß des Kongresses der Volksdeputierten der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken Über die Bestätigung des Vorsitzenden des Obersten Gerichts der UdSSR

Der Kongreß der Volksdeputierten der UdSSR beschließt hiermit, als Vorsitzenden des Obersten Gerichts der UdSSR Genossen Smolenzew, Jewgeni Alexejewitsch, zu bestätigen.

Beschluß des Kongresses der Volksdeputierten der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken Über die Bestätigung des Staatlichen Hauptschiedsrichters der UdSSR

Der Kongreß der Volksdeputierten der UdSSR beschließt hiermit, als Staatlichen Hauptschiedsrichter der UdSSR Genossen Matwejew, Juri Gennadijewitsch, zu bestätigen.

Beschluß des Kongresses der Volksdeputierten der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken Über die Bestätigung des Vorsitzenden des Komitees für Volkskontrolle der UdSSR

Der Kongreß der Volksdeputierten der UdSSR beschließt hiermit, als Vorsitzenden des Komitees für Volkskontrolle der UdSSR Genossen Kolbin, Gennadi Wassiljewitsch, zu bestätigen.

Beschluß des Kongresses der Volksdeputierten der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken Über die Bestätigung des Generalstaatsanwalts der UdSSR

Der Kongreß der Volksdeputierten der UdSSR beschließt hiermit, als Generalstaatsanwalt der UdSSR Genossen Sucharew, Alexander Jakowlewitsch, zu bestätigen.



Nikolai Iwanowitsch Ryshkow

Nikolai Iwanowitsch Ryshkow wurde am 28. September 1929 im Dorf Dylejewka, Rayon Dzierzynski, Gebiet Donezk, in einer Arbeiterfamilie geboren. 1950 absolvierte er das Technikum für Maschinenbau und 1959 — die Uraler Polytechnische Hochschule. Seit 1956 ist er Mitglied der KPdSU.

Die Berufstätigkeit begann er als Schichtmeister 1950 im Uraler Werk für Schwermaschinenbau. In den nachfolgenden Jahren arbeitete er in diesem Werk als Hallen- und Abteilungsleiter, Hauptschweißler und stellvertretender Direktor und seit 1956 als Hauptingenieur. Seit 1970 ist er Direktor des Uraler Ordonnikidse-Werks für Schwermaschinenbau. In den Jahren 1971—1975 war er Generaldirektor der Produktionsvereinigung „Uralmasch“. Seit 1975 war er Erster Stellvertreter des Ministers für Schwer- und Transportmaschinenbau der UdSSR und seit 1979 — Erster Stellvertreter des Vorsitzenden des Staatlichen Plankomitees der UdSSR. Seit November 1982 war er Sekretär des ZK der KPdSU und war zugleich in den Jahren 1982—1985 Leiter der Abteilung Wirtschaft des ZK der KPdSU.

Im September 1985 wurde er zum Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR ernannt. Er war Deputierter des Obersten Sowjets der UdSSR der elften und der zwölften Legislaturperiode. Er ist Volksdeputierter der UdSSR und Deputierter des Obersten Sowjets der RSFSR.

Seit 1981 ist er Mitglied des Zentralkomitees der KPdSU. Er war Delegierter des XXIV., des XXVI. und des XXVII. Parteitags und Delegierter der XIX. Unionskonferenz der KPdSU. Im April 1985 wurde er zum Mitglied des Politbüros des ZK der KPdSU gewählt.

Am 7. Juni 1989 wurde er vom Obersten Sowjet der UdSSR zum Vorsitzenden des Ministerrats der UdSSR ernannt und am 8. Juni vom Kongreß der Volksdeputierten der UdSSR auf diesem Posten bestätigt. Er ist mit zwei Leninorden, dem Orden der Oktoberrevolution, mit zwei Orden des Roten Arbeitsbanners und Medaillen ausgezeichnet worden. Er ist zweifacher Staatspreisträger der UdSSR.

N. I. Ryshkow ist ein überzeugter Anhänger der Politik der Umgestaltung und der Erneuerung des Sowjetvolkes, und nimmt eine prinzipielle Position in den Fragen der Entwicklung der Demokratie und Öffentlichkeit, der Entfaltung der wirtschaftlichen Reform und der politischen Prozesse im Lande ein.

Den Interessen des Volkes dienen

Bericht N. I. RYSHKOWS „Über das Programm der bevorstehenden Tätigkeit der Regierung der UdSSR“

Gedhrte Genossen Deputierte!

Alles, was in diesem Saal vor sich geht, worauf die Aufmerksamkeit der sowjetischen Menschen gerichtet ist, bedeutet den Beginn einer qualitativ neuen Etappe in der Entwicklung unserer Gesellschaft — den Übergang zur wahren Volksherrschaft in einem der multinationalsten Staaten der Welt.

Der Besonderheit und der Bedeutung des gegenwärtigen Moments eingedenk, empfinde ich mit dem Gefühl großer Verantwortung und tiefer Dankbarkeit die Aufstellung meiner Kandidatur für den Posten des Regierungshauptes.

Im Sinne der sich auf dem Kongreß entfaltenen scharfen Diskussionen erachte ich es als notwendig, neben der Darlegung der Hauptrichtungen der bevorstehenden Tätigkeit des Ministerrates der UdSSR auch die soziale und wirtschaftliche Entwicklung des Landes zu analysieren. Das wird den Deputierten ermöglichen, sich eingehender mit der Arbeit der Regierung vertraut zu machen und allseitig jene Schritte einzuschätzen, die für die Lösung der vor unserer Ökonomik stehenden nicht leichten Probleme unternommen wurden sowie sich Klarheit über die Plattform der neuen Zusammensetzung des Ministerrates der UdSSR zu verschaffen.

Davon ausgehend, wird es wohl gerechtfertigt sein, mit der Analyse der ökonomischen Situation im Lande zu beginnen. Sie ist nicht eindeutig, und kann auch verschieden bewertet werden. Solche Einschätzungen wurden auf dem Kongreß schon im Laufe unserer diesbezüglichen prinzipiellen Erörterung laut.

Der Konsummarkt befindet sich in einer schwierigen Lage, mit den Finanzen und dem Geldumlauf klappt es nicht. Die Landwirtschaft und der Investitionsbau kommen aus der Stagnation nur langsam heraus. Es gibt keine wesentliche Wende in der Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts. Das ist der eine Standpunkt und er besitzt Existenzrecht.

Man kann auch anders, ich würde sagen, traditionell urteilen. Das Nationaleinkommen und das Tempo des Produktions-

zuwachs nehmen zu, dabei in nicht geringen Ausmaßen. Der gesamte Zuwachs der Industrieproduktion wurde durch die Steigerung der Arbeitsproduktivität erzielt, was in der ganzen Geschichte der wirtschaftlichen Entwicklung nicht zu erzielen gelungen war. Mit niedrigerem Tempo nimmt der Gewinn zu. Auch die Arbeitslöhne und die gesellschaftlichen Konsumtionsfonds sind angewachsen. Die Wende in der Beschleunigung des Baus von Wohnungen, Schulen, Krankenhäusern und Kindergärten ist eingetreten. Das sind Realitäten und diese ihre Einschätzung hat ebenfalls Existenzrecht.

Und schließlich die dritte Variante der Beurteilung. Die Kontraste dieser Prozesse, ihre Widersprüchlichkeit und Außerordentlichkeit sind die Folgen jener tiefgreifenden Umgestaltungen, auf die wir bewußt eingegangen sind, sowie jener Riesenschwierigkeiten, die beim Übergang zu einer qualitativ neuen Gesellschaft unvermeidlich sind. So verschieden sind die Bewertungen. Doch nur in ihrer Gesamtheit vermögen sie eine reale Vorstellung von der wahren Sachlage zu geben, von die Ursprünge unserer Schwierigkeiten erkennen zu lassen und richtige Wege der weiteren Vorwärtsbewegung auszuarbeiten, um auf dieser Grundlage sowohl die unaufschlebbaren Aufgaben für die nächsten ein bis zwei Jahre als auch das gesamte Programm der neuen Regierung festzulegen.

Die Menschen sind berechtigt zu fragen: Warum kommt das Land aus der ökonomischen Krise zu langsam heraus? Die Antwort auf diese und auch auf viele andere Fragen, ob wir es nun wollen oder nicht, liegt objektiv in unserer Vergangenheit und in unserer Gegenwart.

Im Laufe der Diskussion über den Bericht des Vorsitzenden des Obersten Sowjets der UdSSR M. S. Gorbatschow wurde auch die Frage des Erbes nicht umgangen, das uns zum April 1985 hinterlassen wurde. Wir müssen ganz deutlich erkennen, daß es unmöglich ist, den Eisberg der kolossalen Probleme und Schwierigkeiten, die sich in unserer Wirtschaft in mehreren Jahrzeh-

ten angehäuft hatten, in den vier Jahren auch der aktiven Umgestaltung zu schmelzen. Deshalb möchte ich die Aufmerksamkeit der Volksdeputierten auf die Notwendigkeit lenken, sorgfältig die Frage zu erwägen: Wo nimmt unsere Umgestaltung ihren Anfang an?

Vor dem Kongreß müssen wir mit aller Offenheit anerkennen, daß die Last, die das Land in der ökonomischen Krise zu versenken drohte, bedeutend schwerer ist, als die Regierung der UdSSR es sich vorgestellt hat.

Bis zur Mitte der 80er Jahre vermochte die Ökonomik infolge ihrer extensiven Entwicklung nicht die drei Hauptaufgaben in gleichem Maße zu erfüllen, vor denen das Land steht:

Hebung des Volkswohlstandes und Lösung der herangereiften sozialen Probleme;

effektive Entwicklung der Volkswirtschaft, die Aufgaben sowohl der laufenden Periode als auch die perspektivischen zu lösen gestattet;

Absicherung eines hohen Standes der Verteidigungsfähigkeit des Staates.

Vor allem zur Entwicklung der Ökonomik. Sie wurde durch die Trägheit aller Wirtschaftssysteme, durch die Immunität gegen die Intensivierung und den wissenschaftlich-technischen Fortschritt gehemmt. Alle Bereiche unserer Volkswirtschaft wurden vom aufwandsorientierten Mechanismus beherrscht. Der Rückstand des Maschinenbaus, die auf Rohstoffgewinnung ausgerichtete Ökonomik, die Unterentwicklung des Verbraucherssektors hatten die Struktur der gesellschaftlichen Produktion unzulässig deformiert und sie von der Lösung der sozialen Probleme ablenkten. Dazu zählen auch die geringe Effektivität des Agrar-Industrie-Komplexes sowie die anwachsende Abhängigkeit vom Ankauf von Lebensmitteln im Ausland.

Die ökonomische Situation wurde wesentlich durch die Lösung der Verteidigungsaufgaben erschwert. Die Absicherung der Parität der Militärpotentiale der UdSSR und der USA machte enorme Bemühungen, den Einsatz bester Spezialisten, neuester Technologien und Ausrüstungen sowie der spezifischen Ressourcen

in diesem Bereich erforderlich.

Somit verschlangen die Aufwandswirtschaft und der Verteidigungskomplex einen beträchtlichen Teil des Nationaleinkommens. Für die Hauptaufgaben, verbunden mit der Befriedigung der Bedürfnisse der Menschen, reichten die Ressourcen ständig nicht aus. Schließlich geriet in der Mitte des vorigen Planjahrhunderts die Erhöhung des Lebensstandards der Bevölkerung bei der vollständigen Stagnation der sozialen und kulturellen Sphäre ins Stocken. Unaufhörlich wuchs auch das Finanzdefizit an, obwohl dieser Umstand verschwiegen wurde, — dem Volk wurden jährlich Überschüsse der Einnahmen gegenüber den Haushaltsausgaben gemeldet.

In dieser äußerst komplizierten Situation mußte die Möglichkeit gefunden werden, die Krise vor allem zumindest aufzuhalten oder das Hinabgleiten zu dieser weitestgehend zu verhindern. Das Land befand sich eigentlich in einer Sackgasse. Es gab keine Wahl. Die Umgestaltung war objektiv herangereift.

I. Die Umgestaltung der Produktionsverhältnisse ist die wichtigste Richtung der Regierungstätigkeit. Das Leben zeigte uns den einzig richtigen Ausweg — die radikale Wirtschaftsreform.

Sie hat in der gesamten Umgestaltung der sowjetischen Gesellschaft mit Recht die Zentralstellung eingenommen. An die Ausarbeitung des Programms für ihre Verwirklichung gingen wir nicht mit leeren Händen heran. Mit größter Genauigkeit wurden Ideen zusammengetragen, theoretische Grundlagen gesucht, sorgfältig die ausländischen Erfahrungen ausgewertet, Experimente angestellt. Es ist betont, daß es zu Beginn jener Periode nicht wenig Meinungsverschiedenheiten gab. Und dennoch gelang es uns, gegen 1987 diese Arbeitsetappe zu vollenden und in geschlossener Front mit der Schaffung eines neuen Wirtschaftsmechanismus zu beginnen.

Der ersten Schritte fielen uns schwer. Der Dogmatismus, die Schleppe aus den Epochen des Personenkultus, des Voluntarismus, der Stagnation behinderte

(Fortsetzung S. 2)

Auf dem Kongreß der Volksdeputierten der UdSSR

Den Interessen des Volkes dienen

(Fortsetzung)

chaftsformen entgegengehen. Wir machen Fortschritte in Fragen, von denen wir erst unlängst eine so verkümmerte Vorstellung hatten. Besonders bemerkenswert ist, daß diese Bewegung sich nicht nur in theoretischer Form, sondern auch in konkreten praktischen Handlungen manifestiert.

Der konsequente Kurs auf die Demokratisierung der Verwaltung, die Umgestaltung der Organisationsstrukturen in der Volkswirtschaft und, was besonders wichtig ist, die soziale Umorientierung der Ökonomik brachten uns zur Notwendigkeit, die Prinzipien der Selbstfinanzierung und der Rentabilität auch auf die Republik und Ortsverwaltung auszuweiten. Es wurden die in Frage kommenden Varianten der Realisierung dieser Idee durchgearbeitet. Das Projekt der allgemeinen Bestimmungen der Umgestaltung der Tätigkeit der Unionsrepubliken auf diesen Prinzipien ist in der Presse veröffentlicht worden.

Im Prozeß der Erörterung erfahren diese Prinzipien im allgemeinen Zustimmung. Aber sie kennen die Konzeption einer Reihe von Unionsrepubliken in dieser Frage. Genossen, Sie wurde auf dem Kongreß mehrmals zum Ausdruck gebracht.

Ich muß Ihnen offen sagen, daß vieles von dem, wie diese Unionsrepubliken das Problem der regionalen wirtschaftlichen Rechnungsführung auffassen, ansprechend ist und Elemente gesunden Konstruktivismus enthält. Gleichzeitig aber sind einige ihrer Vorschläge, die in vielem zur ökonomischen Selbstisolierung führen, und auch eine Reihe anderer prinzipieller Grundsätze höchst strittig und werden, unseres Erachtens, den Unionsrepubliken keinen Nutzen bringen.

In der ganzen Welt vollziehen sich jetzt mächtige integrierende Prozesse — das ist die objektive Lebensnotwendigkeit. Deshalb müssen wir den richtigen Weg zum Erfolg in der Konsolidierung der Kräfte, in der vertieften Arbeitsteilung unter Berücksichtigung der Spezifik und des Potentials einer jeden Republik, im Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen auf der Basis des gegenseitigen Vorteils und der schnellsten Bildung des Unionsmarktes suchen.

Allen Anschein nach ist es nicht notwendig, die Vor- und Nachteile der einzelnen Elemente des vorgeschlagenen Mechanismus der wirtschaftlichen regionalen Rechnungsführung zu analysieren, um so mehr, als uns große Arbeit zur Vorbereitung und Erörterung eines entsprechenden Gesetzes bevorsteht. Die Auffassung der Regierung in dieser Frage geht dahin, daß es bei aller Vielfalt der Formen und Methoden der sozialökonomischen Entwicklung einer jeden Region des Landes aus politischer Sicht erforderlich ist, die föderative Ordnung der UdSSR nicht zu verletzen und aus ökonomischer Sicht — keine Zerstückelung des volkswirtschaftlichen Komplexes in seinem neuen Inhalt zuzulassen. Mir scheint, daß diese Fragen nur in ihrer Gesamtheit untersucht werden müssen. Man muß es gewährleisten, daß alle Unionsrepubliken ab 1991 zur Arbeit bei Selbstfinanzierung übergehen; alle Normativakte, die für die nächste Planperiode vorbereitet werden, müssen diesen Prinzipien entsprechen. Aber das schließt die Möglichkeit nicht aus, die wichtigsten Elemente der wirtschaftlichen Regionalrechnungsführung in einzelnen Unionsrepubliken schon im Jahre 1990 durchzuführen.

Ich möchte etwas ausführlicher auf solche einen bedeutenden Block der Reform wie die Vervollkommnung der Organisationsstruktur der Leitung eingehen, denn auf dem Kongreß die angespannteste Aufmerksamkeit geschenkt wurde. Was hat die Regierung auf diesem Gebiet geleistet?

Vor allem richteten wir unsere Bemühungen auf die Schaffung verschiedener Strukturen im Hauptkettenglied der Ökonomik. Es wurden zum Beispiel rund 800 neue Produktions-, wissenschaftliche Produktions-, und andere Vereinigungen dieser Art gebildet. Mehrere staatliche Konzerne, Konsortien und erste unabhängige Korporationen sind bereits im Betrieb. Obgleich konnten wir hier den Fehlern nicht entgehen. Erinnern Sie sich an die bedauerlichen Erfahrungen der staatlichen Produktionsvereinigungen (GPO)? Wir hatten etwas ganz anderes im Sinne, es entstanden aber Kontore. Da wurden wir gezwungen, die Bestimmung darüber rückgängig zu machen. Das Leben ist lehrreich.

Die Veränderungen an der Basis ermöglichten es, mit Vervollkommnung höherer Leitungsebenen zu beginnen. Eine Reihe von Ministerien und Behörden wurde aufgelöst, und ein Teil davon in Unionsämter umgewandelt. Der Apparat der staatlichen Leitung wurde im großen und ganzen auf 600 000 Personen reduziert.

Zweifelloso wird sich das Verwaltungssystem der Ökonomik mit der Bildung neuer Formen der Wirtschaftsführung auf der Basis des Hauptelements der Produktion, der Entwicklung von Direktbeziehungen und des Großhandels vervollkommen; die Zahl der Zweigministerien wird zu-

rückgehen, ihre Funktionen werden aber einen wesentlichen Wandel erfahren. Gemäß der Verfassung der UdSSR wird der vom Kongreß bestellte Vorsitzende des Ministerrates dem Obersten Sowjet konkrete Vorschläge zu dieser Frage unterbreiten.

Zusammenfassend möchte ich hervorheben, daß ich den Standpunkt der Genossen, die hier aufgetreten sind, völlig unterstütze: die radikale Umgestaltung der Wirtschaft vollzieht sich unter Schwierigkeiten, eine Reihe von Beschlüssen, gefaßt im Zusammenhang mit den realen Bedingungen der Wirtschaftsführung, hat den Charakter halberziger Maßnahmen. Die Reform befindet sich jetzt in der schwierigsten und verantwortlichsten Etappe, besteht eine Prüfung auf Lebensfähigkeit unter den komplizierten Bedingungen der Übergangsperiode, da die administrativen und die ökonomischen Methoden der Leitungstätigkeit nebeneinander bestehen. Das ist in vielem dadurch bedingt, daß wir, indem wir die Reform kontinuierlich voranbringen und an ihren Hauptprinzipien gründlich feilen, zugleich die wirtschaftliche Stabilität im Lande nicht verletzen dürfen.

In diesem Zusammenhang möchte ich mit aller Bestimmtheit meine Treue zu den wirklich ökonomischen Methoden der Leitungstätigkeit unterstreichen. Ich habe schon davon gesprochen, daß wir im Laufe der Verwirklichung der radikalen Reform immer näher einen neuen Modell des sozialistischen Systems der Wirtschaftsführung kommen werden.

Gegenwärtig wird in der wissenschaftlichen Öffentlichkeit und in der Periodika weitgehend über die Hauptprinzipien dieses wirtschaftlichen Modells diskutiert. Die Position der Regierung basiert auf der Anerkennung der Rolle des sozialistischen Marktes und der Konkurrenz in unserer Wirtschaft. Ich bin aber fest davon überzeugt, daß sich dieser Markt im neuen System der Wirtschaftsführung nur dann erfolgreich entwickeln und dem Wohl des Menschen dienen wird, wenn wir einen effektiven ökonomischen Mechanismus für seine Regelung schaffen werden, der die Interessen der Bürger vor der Marktgewalt zuverlässig schützt.

Eine überaus wichtige Bedingung für die Entwicklung des Marktes ist die Überwindung des Monopolismus. Er ist noch sehr stark und liegt vielen bei uns vorhandenen Mifßerfolgen und Mängeln zugrunde, besonders auf dem Gebiet der Preisbildung. Mehr als 1 000 Groß- und Superindustriebetriebe diktiert gegenwärtig ihre Bedingungen dem Konsumenten. Es ist klar, daß ein Kurs auf die Entfaltung der Konkurrenz in allen Zweigen äußerst notwendig ist. Unser Ansicht nach müssen wir eine Anti-Monopol-Gesetzgebung ausarbeiten. Am Entwurf eines solchen Gesetzes arbeitet jetzt das Institut für die USA und Kanada der Akademie der Wissenschaften der UdSSR. Der Entwurf wird offensichtlich noch in diesem Jahr dem Obersten Sowjet vorgelegt werden.

Die Aufgaben der neuen Regierung in einem so wichtigen Bereich wie die Vertiefung der Wirtschaftsreform verallgemeinern, bin ich der Ansicht, daß hier folgende Hauptrichtungen abzustecken sind:

Erstens — die Umgestaltung der Arbeit der Unionsrepubliken und der örtlichen Sowjets auf den Grundsätzen der regionalen wirtschaftlichen Rechnungsführung. Ich rühe dieses Problem an die erste Stelle eines, das sowohl von gewaltiger wirtschaftlicher als auch politischer Bedeutung ist;

zweitens — die Vervollkommnung der Modelle der wirtschaftlichen Rechnungsführung durch die Nutzung unterschiedlicher Formen des Eigentums und neuer Strukturgebilde. Die Legislativorgane und die Vollzugsmacht haben solche Normen der wirtschaftlichen und rechtlichen Regelung auszuarbeiten und in einer Reihe von Fällen sich auch für die Revidierung der geltenden Gesetze zur Schaffung gleicher Verhältnisse für die Entwicklung aller Formen des Wirtschaftens auf der Grundlage des Wettbewerbs und der Konkurrenz zu entschließen;

drittens — die Entwicklung moderner effektiver Methoden der Steuerung der Marktbeziehungen. Die staatliche Regelung unter den Bedingungen des entwickelten Marktes muß zur Lösung der Aufgabe der Hebung des Wohlstandes des Volkes und seines sozialen Schutzes erfolgen;

viertens — die Entwicklung neuer Prinzipien der Steuerpolitik, die gerechte finanzielle Beziehungen zwischen dem Staat, den Unionsrepubliken, den örtlichen Sowjets, den Betrieben und der Bevölkerung absichert.

Selbstverständlich sind den Prozessen der Vertiefung und Vervollkommnung der Wirtschaftsreform spezifische Dialektik, Logik und Entwicklungsstadien eigen. Unsere Aufgabe ist es, uns über all das hundertprozentige Klarheit zu verschaffen.

II. Strukturelle Änderungen und die ersten Ergebnisse der sozialen Umorientierung der Wirtschaft. Zugleich, Genossen, ist es ganz offensichtlich, daß die radi-

kale Wirtschaftsreform bei gleichzeitiger Realisierung erster Maßnahmen zur tiefgreifenden strukturellen Umgestaltung der Volkswirtschaft durchgeführt werden muß.

Die entstandene Wirtschaftsstruktur bleibt äußerst konservativ und schwerfällig. Darüber kann schon danach geurteilt werden, daß in den Volkswirtschaftskomplexen, die Rohstoffe d.h. Zwischenproduktion erzeugen, über 60 Prozent aller führenden Industrie- und Produktionsfonds konzentriert sind. In den Zweigen aber, die die täglichen Bedürfnisse der Menschen befriedigen, ist ihr Anteil höchst gering: Die Leichtindustrie nimmt lediglich 4 Prozent und die Lebensmittelindustrie — 6 Prozent in Anspruch.

Ohne die historisch entstandene Tendenz der vorrangigen Entwicklung der Produktion von Produktionsmitteln zu überwinden, kann die Ökonomik nicht ernsthaft auf den Bedarf des Volkes umgestellt werden. Darin liegt der Sinn der Verwirklichung radikaler struktureller Veränderungen in der Volkswirtschaft.

Hier noch ein weiterer Aspekt dieses wichtigen Problems. Jahrzehntlang, seit der Industrialisierung, bildete sich bei uns die Vorstellung heraus, das produktions-technische Potential unseres Landes sei eines der leistungsstärksten und modernsten in der Welt. Was die Leistungsstärke betrifft, so ist dem tatsächlich so. Gerade das hat es dem Lande ermöglicht, einer der stärksten und einflußreichsten Staaten zu werden.

Was aber den Prozeß und die Neuzitlichkeit betrifft, so ergab die Analyse der realen Situation, daß von dem gesamten Wert der Produktionsgrundfonds von 1,9 Billionen Rubel 40 Prozent abgenutzt sind.

Selbstverständlich beeinträchtigt diese Situation äußerst negativ die Effektivität der Ökonomik. Das macht sich überall spürbar — von der Meisterleistung progressiver Erzeugnisse, von der Arbeitsproduktivität, den Arbeitsbedingungen, der Erzeugnisqualität bis zur ökologischen Situation in vielen Landesregionen.

Selbstverständlich wird die technische Umrüstung der Grundfonds eine der Hauptfragen sein. Man muß jedoch seine Möglichkeiten real einschätzen, denn gegenwärtig können wir die Lösung dieser Frage nicht in breiter Front in Angriff nehmen — objektiv gesehen gibt es im Lande die dafür notwendigen Bedingungen nicht. Die Aufgabe besteht darin, die Hauptrichtungen zu wählen, und zwar solche, die vor allem mit dem Leben der Menschen verbunden wären. Um Bedingungen für die Modernisierung und Umrüstung der Volkswirtschaft zu schaffen, brauchen wir einen leistungsstarken und modernen Maschinenbau, ausgehend davon, gilt es, dem Maschinenbau in der Perspektive eine vorrangige Entwicklung zu gewährleisten.

Genossen, die wichtigste und, ich würde sagen, die schwerste Aufgabe war die strukturelle Wende, abgezielt auf die Verwirklichung einer sozial ausgeprägten Umorientierung der gesamten Volkswirtschaft.

Jahrzehntlang laßen wir die Entwicklung unserer Gesellschaft hauptsächlich durch das Prisma der quantitativen Kennziffern auf — wieviel Kohle und Erz gewonnen, wieviel Grauguß und Stahl geschmolzen wurde, wieviel Hektar Ackerland wir besitzten usw. Wir haben den Augenblick verpaßt, als in der ganzen Welt zum echten Maß der Leistungen einer Nation nicht die arithmetische Reihe, sondern der qualitative Gehalt dieser Volumina wurde. Infolgedessen erhielten wir äußerst unzufriedenstellende soziale Kennziffern.

Und sie betreffen vor allem die Lebensbedingungen der Menschen. Dahinter steht die uns allen gut bekannte Tatsache: Mangel an Wohnungen, Überbelastung der Verkehrsmittel, chronische Warenknappung, unehrliches Verhalten zum Menschen, zunehmende soziale Spannung in der Gesellschaft. Der soziale Diskomfort läßt bei vielen das Gefühl der Ausweglosigkeit aufkommen und wird zu einer übermäßigen Last für Hochbetagte und Invalide, für Kinder und Frauen.

Ich muß betonen, daß bei den gewaltigen Dimensionen und der Tragheit eines so komplizierten Systems wie unsere Ökonomik der Prozeß ihrer Sanierung sehr schwierig ist. Es war jedoch wichtig, die Stagnationstendenzen zu brechen. Gewisse positive Strukturwandlungen haben sich erst 1988 eingestellt.

Nehmen wir die Verteilung des Nationaleinkommens. Früher dominierte die strikte Vergrößerung desjenigen Teils davon, der für die Schaffung der Produktionskapazitäten ausgegeben wurde und verringerte sich entsprechend der Anteil von Ressourcen, die für die Konsumtion bewilligt wurden. Die Lage begann sich zu ändern. Das ist anschaulich an den Ausgaben des Staatshaushalts des Landes zu sehen. Während sie im Jahre 1989 gegenüber 1985 insgesamt um 26,4 Prozent anstiegen, so die Ausgaben für soziale und kulturelle Maßnahmen — um etwa 33 Prozent, dar-

unter für das Bildungswesen um 34 und das Gesundheitswesen um 45, für den Wohnungsbau aus allen Finanzierungsquellen — um 37 Prozent.

Heute kann man sicher sagen, daß es in dieser Fünfjahrperiode gelungen ist, das Restprinzip der Entwicklung der materiell-technischen Basis des sozialen und kulturellen Bereichs abzuschaffen. Die Wachstumsrate der Investitionen, die für den Bau von Objekten für nichtproduktive Zwecke bewilligt werden, übertrifft mehr als doppelt die Erhöhung der Investitionen in die Produktionsfonds. Die Vergrößerung der Mittel für solche Bauvorhaben wird in den Jahren 1986 bis 1990 gegenüber der vorigen Fünfjahrperiode nahezu um 80 Milliarden Rubel vergrößert. Wenn die Wohnraumübergabe, sagen wir, im zehnten Planjahr fünf gegenüber dem vorhergehenden sogar um 17,5 Millionen Quadratmeter zurückging und im elften so gut wie nicht zunahm, so wird der Zuwachs in dieser Fünfjahrperiode nahezu um 100 Millionen Quadratmeter ausmachen. Ein ähnliches Bild entsteht auch mit den allgemeinbildenden Schulen. In der zehnten Fünfjahrperiode verringerte sich deren Übergabe um etwa 1,3 Millionen Plätze, in der elften — um 1,5 Millionen Plätze, und in dieser soll ein Wachstum um 2,5 Millionen Plätze gesichert werden. Die Übergabe von Krankenhäusern verringerte sich in den zwei vorigen Fünfjahrperioden um 28 000 Betten und soll in dieser um 65 000 anstiegen.

Es sei hervorgehoben, daß das Wohnungsprogramm zweifellos mit zur ständigen Sorge der neuen Regierung gehören wird. Denn um die gestellte Aufgabe zu bewältigen, müssen etwa 30 Millionen Wohnungen gebaut werden. Daraus ergibt sich, daß es schon im nächsten Planjahr fünf gilt, die Übergabe von 850 Millionen Quadratmeter Wohnungen gegenüber den 650 Millionen in diesem zu gewährleisten. Noch besser wäre es, 900 Millionen Quadratmeter zu sichern. Das würde ermöglichen, die Wohnverhältnisse für 18 Millionen Familien zu verbessern.

Bei der Verstärkung der sozialen Ausrichtung der Ökonomik ist in dieser Fünfjahrperiode ein großer Fortschritt erzielt worden. Um aber wenigstens die akutesten sozialen Probleme der Gesellschaft zu lösen, gilt es, eine gewaltige wirtschaftliche Umgestaltung im Rahmen der Struktur und der Investitionen vorzunehmen, die in unserem Land in solchem Maßstab noch nie durchgeführt wurde. Das wird ein schwieriger, sogar sehr krankhafter Prozeß sein, man muß aber darauf eingehen.

III. Soziale Politik — Kern der künftigen Tätigkeit der Regierung. Der neugebildete Ministerrat der UdSSR wird seine ganze Arbeit selbstverständlich der Erreichung von Zielen widmen, die für jeden Menschen und die gesamte Gesellschaft am wichtigsten sind, und zwar der Deckung des Bedarfs an Lebensmitteln, Waren, Dienstleistungen und Wohnungen, dem Gesundheitsschutz, der Bildung, der Gewährleistung der Möglichkeiten des geistigen Wachstums des Volkes und der Erhaltung der Natur.

Schon in diesem Planjahr fünf befinden sich im Blickpunkt der Regierung Fragen der Produktion von Industriegütern. In den drei Jahren vergrößerte sie sich um 32 Milliarden Rubel (18 Prozent), was eigentlich dem Wachstum im ganzen vorigen Planjahr fünf gleichkommt.

Für die Normalisierung der Lage reichte das jedoch nicht aus. Auf den Stand des Verbrauchermarktes wirkte sich auch die Verringerung der Einfuhr von Industriegütern aus, weshalb die Warenfonds für sie im Jahre 1988 dem Stand von 1985 entsprachen.

Das erforderte zusätzliche Maßnahmen zur Vergrößerung der Warenproduktion sowie zur Verstärkung und Vervollkommnung der materiellen Basis ihrer Produktion. Ein Programm der technischen Neuausrüstung der Leichtindustriebetriebe wurde ausgearbeitet und im Jahre 1988 angenommen. Um moderne Technik und Technologien für diesen Zweig aufzukaufen, entschlossen wir uns, im Ausland Kredite in Höhe von über 1 Milliarde Rubel aufzunehmen.

Um die Normalisierung der Lage auf dem Verbrauchermarkt zu beschleunigen, wurden Beschlüsse über die Umprofilierung vieler produzierender Betriebe gefaßt. Darauf zielt auch die Konversion der Verteidigungsindustriebetriebe.

Wie die Berechnungen zeigen, müssen wir die Produktion von Industriegütern im Jahre 1990 gegenüber 1989 um mindestens 45 bis 50 Milliarden Rubel (20 Prozent) vergrößern, was den Jahresdurchschnittlichen Zuwachs in den drei Vorjahren fast 5fach übertrifft.

Gerade auf dieses Ziel sind bei der Vorbereitung des Planentwurfs für 1990 die Ministerien und zentralen Staatsorgane der UdSSR sowie die Ministerräte der Unionsrepubliken orientiert. Die vorläufigen Analysen zeigen, daß im nächsten Jahr gegenüber dem Plan von 1989 die Produktion vergrößert werden kann: von Waschmaschinen — um ein Drittel, von Nähmaschi-

nen — um 20, von Radio- und Tonbandgeräten — um 16 und von Möbeln — um 12 Prozent.

Die Regierung ergriff Maßnahmen zur Erweiterung der entgeltlichen Dienstleistungen für die Bevölkerung. In den drei Jahren der Fünfjahrperiode erweiterte sich deren Umfang um nahezu 38 Prozent und übertraf 1988 62 Milliarden Rubel gegenüber den 58 Milliarden Rubel laut Fünfjahrplan. Uns steht aber noch bevor, eine Dienstleistungsindustrie zu schaffen.

Im Bericht des Vorsitzenden des Obersten Sowjets der UdSSR wurden die Bemühungen auf dem Gebiet des Gesundheitswesens und der Bildung gewürdigt. An diesen Fragen übten die Volksdeputierten scharfe Kritik, es wurden auch konstruktive Vorschläge zum Ausdruck gebracht. Die zu bildende Regierung wird sie zweifellos für die Lösung der dringenden Probleme als Basis benutzen. Es sei nur hinzugefügt, daß das ganze System des Gesundheitsschutzes auf eine qualitativ neue Stufe gebracht werden muß. Die Berechnungen zeigen: Die Konzentration von Ressourcen hier, darunter auch aus Verteidigungsmitteln bietet die Möglichkeit, neue Krankenhäuser mit 500 000 Plätzen, Polikliniken für eine Million Besucher je Schicht zu bauen, therapeutische und prophylaktische Einrichtungen umzurüsten; auf 2,5fache die Lieferung der modernen medizinischen Technik zu steigern. Es steht bevor, die Fragen der Deckung des Bedarfs der Bevölkerung an Ärzten zu lösen, an denen ein großer Mangel besteht.

Es sei betont, daß unsere pharmazeutische Industrie den Bedarf des Landes an Arzneimitteln nur zu 45 Prozent deckt. Wir müssen einen Komplex von großzügigen Maßnahmen zur Entwicklung der einheimischen Pharmazieutik verwirklichen. Das sind erste Anstrengungen der Unionsrepubliken erforderlich, dem gegenwärtig hat die Verschärfung der ökologischen Situation die Schließung einer Reihe von Betrieben verursacht, was die Lage mit Medikamenten noch mehr verschärft hat. Wir schließen die Möglichkeit nicht aus, zur schnellen Lösung des Problems drei bis vier Arzneimittelabriken zu bauen und den Importeinkauf von fertigen Arzneimitteln zu vergrößern.

Nun möchte ich besonders die Fragen hervorheben, die die außerordentliche Besorgnis der Volksdeputierten hervorgerufen haben. Es handelt sich dabei um solche, zu denen sich niemand gleichgültig verhalten kann und darf. Das betrifft die materielle Versorgung bestimmter Bevölkerungsgruppen. In den Jahren des zwölften Planjahr fünf wurde eine Reihe von dringenden zentralisierten Maßnahmen verwirklicht, die die Lösung dieses Problems bezweckten. Der Lohn einiger Kategorien von Werktätigen ist gestiegen. Es sei betont, daß wir hier ungeachtet der ungünstigen finanziellen Situation größtenteils die alten Schulden bezahlten, die sich noch vom XXIV. Parteitag her angehäuft hatten. Wir fanden es äußerst wichtig, wenigstens Teilhilfe den minderbemittelten Familien, Müttern und Kindern zu erwirken.

In drei Jahren stiegen die Zuwendungen und Leistungen aus den gesellschaftlichen Konsumtionsfonds, pro Kopf der Bevölkerung gerechnet, um 83 Rubel und beliefen sich 1988 auf 613 Rubel.

Von Sozialpolitik sprechend, betrachte ich es als notwendig, wenn hier darüber auch schon vieles gesagt worden ist, besonders die Frage der Verantwortung der Gesellschaft und des Staates für die materielle Lage solcher sozial am wenigsten gesicherten Bevölkerungsgruppen wie Rentner, Invalide, kinderreiche und junge Familien hervorzuheben.

Mit diesbezüglichen Anfragen wandten sich an mich mehrere Volksdeputierte. Die Regierung sieht ein, daß heute fast 40 Millionen Menschen unter der Armutsgrenze leben. Unter der Vielfalt der sozialen Probleme, die im Lande entstanden sind, ist dieses darum besonders krankhaft und zeugt von sozialer Ungerechtigkeit, besonders gegenüber jenen Menschen, die für die Gesellschaft alles hergeben. Eben deshalb messen wir dem Gesetz über die Rentenversorgung, an dem jetzt aktiv gearbeitet wird, eine besondere Bedeutung bei. Hier vertreten wir einen festen Standpunkt — man muß mit der Lösung anderer sozialer Fragen etwas warten, das Problem der Rentenversorgung aber schon im 13. Planjahr fünf lösen. (Beifall.)

Zugleich ist es ganz klar, daß einige Fragen keinen Aufschub dulden. Das wurde auf dem Kongreß mit besonderer Schärfe und Schmerz oftmals unterstrichen.

Das Politbüro des ZK und die Regierung erwogen allesittig die Möglichkeit des Herannahens der Fristen für die Lösung einiger komplizierten und unaufschiebbaren Probleme, die im Rahmen des künftigen Gesetzes über die Renten zu lösen sind. Ich denke, daß die Volksdeputierten den Standpunkt des Politbüros des ZK und des Ministerrats der UdSSR dazu unterstützen werden, daß es

vollkommen möglich ist, bereits ab 1. Januar des kommenden Jahres:

die Mindestgrenze der Monatsrenten für Arbeiter, Angestellte und Bauern auf 70 Rubel, unter Beseitigung der Unterschiede und somit auf das Niveau des Mindestlohnes zu heben, der in der Gegenwart gültig ist. Dies gestattet es, die materielle Lage von 20 Millionen Menschen, darunter von 8 Millionen Kolchosbauern, zu verbessern;

die Mindestgrenze der Renten für Invalide erster Gruppe auf 80 Rubel und für Invalide zweiter Gruppe auf 60 Rubel zu heben; das sind über eine Million Menschen;

die Mindestgrenze der Monatsrente für Witwen der gefallenen Armeangehörigen auf 60 Rubel zu erhöhen, und ihnen gleiche Vorzugsrechte wie den Teilnehmern des zweiten Weltkrieges zu gewähren; das sind 800 000 Menschen;

den Kriegsinvaliden die gesetzmäßige Zulage zur Altersrente in Höhe von 15 Rubel unabhängig von der Maximalgrenze zuzuzahlen; das sind 300 000 Menschen;

den Teilnehmern des zweiten Weltkrieges und den Witwen der gefallenen Armeangehörigen das Recht auf kostenlose Versorgung mit Arzneimitteln zu gewähren; das sind 7 Millionen Menschen;

den Kriegsteilnehmern sowie den Menschen, die für ihre hingebungsvolle Arbeit während des Krieges mit Orden und Medaillen ausgezeichnet wurden, das Recht auf kostenlose Benutzung der städtischen Verkehrsmittel zu gewähren; das sind fast 6 Millionen Menschen.

Im Gesamtergebnis werden schon im kommenden Jahr fast 22 Millionen Menschen die sozialen Veränderungen in ihrem Leben real verspüren. (Beifall.)

Unter Berücksichtigung der zahlreichen Bitten wird vorgeschlagen, ab 1990 alle Verdienstbeschränkungen für die arbeitenden Rentner, ganz unabhängig von der Höhe der Rente, aufzuheben. Das wird die materielle Interessiertheit von sieben Millionen Menschen an der Arbeit verstärken. (Beifall.)

Dafür sind nahezu sechs Milliarden Rubel erforderlich. Die Regierung wird in allernächster Zeit die Quellen bestimmen und sie zusammen mit den Kommissionen und Komitees des Obersten Sowjets der UdSSR erörtern. Dabei ist es ganz offensichtlich, daß die Lösung dieses Problems das Anliegen der ganzen Gesellschaft, jedes Betriebes und jeder Organisation ist.

Natürlich erfordern diese und andere in der Gesellschaft spruchreife gewordene akute soziale Probleme großzügige finanzielle Mittel. Sie können nur in dem Falle erwirtschaftet werden, wenn hoher wirtschaftlicher Nutzeffekt erzielt wird. Nur dann wird ihre Lösung Realität.

Im Laufe der Arbeit des Kongresses muß auf M. S. Gorbatschows Vorschlag eine Kommission aus Deputierten zur Erörterung des Fragenkomplexes über das im Staat entstandene System von Vergünstigungen gebildet werden. In Anbetracht dessen wird von der Regierung des Landes vorgeschlagen, schon jetzt, ausgehend von den Prinzipien der sozialen Gerechtigkeit, die Unterschiede aufzuheben, die bei der Unterhaltung von Kranken in verschiedenen Kureinrichtungen sowie in behördlichen Sanatorien bestehen, die vierte Hauptverwaltung des Ministeriums für Gesundheitswesen der UdSSR miteinzulegen. (Beifall.)

IV. Die Lösung des Lebensmittelpogramms ist Gegenstand einer besonderen Sorge. Genossen Volksdeputierte! Auf Fragen der Entwicklung des Agrar-Industrie-Komplexes und der Lebensmittelsversorgung der Bevölkerung möchte ich im besonderen eingehen. Zu diesem Thema zu sprechen ist äußerst schwierig. Darüber wurde schon so vieles gesagt und so viele Beschlüsse gefaßt, daß ihre Verwirklichung, wie es scheint, die Lösung des Problems mit sich bringen würde. Aber es bleibt bestehen und verschärft sich sogar. Somit haben die im Laufe von Jahrzehnten getroffenen Maßnahmen ihr Ziel verfehlt, haben den Interessen der Hauptmasse der Bevölkerung, vor allem der Bauernschaft, nicht entsprochen.

Scheinbar wurden im Lande gewaltige Anstrengungen unternommen, um die Mifßerfolge in diesem Sektor der Wirtschaft zu beheben. Dorthin wurden immer anwachsende Investitionen, Technik, materielle Ressourcen geleitet, die Patenschaft der Stadt über das Dorf wurde organisiert. All das wurde in riesigem Ausmaß getan, dabei wurde aber derjenige übersehen, der das Land unmittelbar bebaut. Darüber hinaus führten mehrere Initiativen, die aus dem Zentrum kamen, aber auch regionale Initiativen dazu, daß der Bauer allerorts zum Objekt verschiedener Experimente wurde, solcher wie Vergrößerung und Verkleinerung der Agrarbetriebe, Zusammenziehung von Vorwerken und kleinen Dörfern, Halbierung von Hofländen und Liquidierung von Vieh im Privatsektor.

Auf dem Lande begannen die Zuwachsraten der landwirtschaft-

lichen Produktion unaufhaltsam zu fallen. Während Ende der 60er Jahre ihr Jahresdurchschnittlicher Zuwachs 27 Milliarden Rubel ausmachte und die Sowjetmensch den Hoffnung bekamen, zusätzliche Erträge auf ihre Tafel zu erhalten, so wurde diese Hoffnung, immer mehr schwindend, endlich zu nichts. Im neunten Planjahr fünf sank der Jahresdurchschnittliche Zuwachs auf 20 Milliarden Rubel, im zehnten — auf 15 und zum Schluß des elften Planjahr fünf — auf 10 Milliarden Rubel. Aber das Element auf dem Lande wurde damals trotzdem nicht zum wahren Unglück des ganzen Staates. Darüber sprach man überall, aber man faßte es auf allen Leitungsebenen abstrakt auf.

Die äußerste Anfechtbarkeit unseres Agrar-Industrie-Komplexes trat immer sichtbarer zutage. Durch das Fehlen der hinreichenden Reserven und Sicherheitsfonds war der Staat gezwungen, immer größere Ankäufe von Lebensmitteln zu tätigen. 1964 belief sich ihr Import auf 1,4 Milliarden Rubel. Mitte der 70er Jahre stieg er bis auf 6 Milliarden Rubel an und betrug 1981 15 Milliarden Rubel.

1985 entfielen von den 111 Milliarden Rubel für die Lebensmittel, die im staatlichen und genossenschaftlichen Handel abgesetzt wurden, etwa 16 Milliarden Rubel auf Importlebensmittel. Die Lebensmittelversorgung hat sich in den letzten Jahren praktisch nicht verbessert. Der Import muß noch immer beibehalten werden. Gleichzeitig ist der nicht gedeckte Bedarf der Bevölkerung an Lebensmitteln gestiegen und beläuft sich nun auf mehr als 20 Milliarden Rubel.

Die weitere Verschärfung in dieser Frage ist aus folgenden Daten ersichtlich: Wenn das Land 1987 Lebensmittel für ein Summe von 134,4 Milliarden Rubel erzeugte, also mit Steigerung gegenüber dem Jahr 1986 um 5,8 Prozent, so gab es 1988 praktisch keinen Zuwachs.

Es ist ganz klar, daß eine ernste Verbesserung nur auf der Grundlage der radikalen Vervollkommnung der Produktionsverhältnisse und der weiteren grundlegenden Umgestaltung des wirtschaftlichen Mechanismus auf dem Lande zu erreichen ist. Ich muß mit aller Überzeugung betonen, daß wir dieser wichtigsten Angelegenheit die Interessen der Bauernschaft zugrunde legen müssen. Nur hier liegen die realen Möglichkeiten, auf der schon geschaffenen materiell-technischen Basis die Produktion von Lebensmitteln und Rohstoffen wesentlich zu steigern. Es steht zugleich bevor, eine qualitative Erneuerung des Agrar-Industrie-Komplexes und die Lieferungen der erforderlichen Technik und Ressourcen an das Dorf erreichen und die Auswertung der wissenschaftlich-technischen Ergebnisse zu verbessern.

In dieser Hinsicht unterstütze ich rüchthaltig die Meinungen der Volksdeputierten bezüglich der Änderung der Gesetzgebung über rationelle Bodennutzung.

Diese Fragen sind tatsächlich aktuell. Die von dieser Tribüne aus am Erlaß über die Pachtbeziehungen geübte Kritik war im großen und ganzen gerecht: Der Erlaß ist ein provisorisches Dokument, deshalb konnte er nicht und ist auch nicht imstande, alle mit den Pachtbeziehungen verbundenen Fragen zu lösen. Es sind umfassendere Gesetzgebungsakten notwendig, und ich will der Hoffnung Ausdruck geben, daß man im neuen Obersten Sowjet der UdSSR dieser Frage die nötige Aufmerksamkeit entgegenbringt. Meiner Ansicht jedoch sollte man weder jetzt noch in Zukunft den Kolchos und Sowchos einer selbständigen Bauernwirtschaft oder einer Pachtkooperative gegenüberstellen. Hauptsache ist, den Bauern die Möglichkeit für selbständiges Wirtschaften auf der Grundlage verschiedener Formen des Besitzes und der Verfügungsberechtigung über das Eigentum zu bieten. (Beifall.)

Daruf zielen auch die im März dieses Jahres gefaßten Beschlüsse über die Vervollkommnung der Leitung des Agrar-Industrie-Komplexes. Sie stimmen mit der neuen regionalen Politik überein und bezwecken die Erweiterung der Rechte und die Hebung der Verantwortung der örtlichen Organe für die Versorgung der Bevölkerung der Territorien mit Lebensmitteln.

Neben der Veränderung der Wirtschaftsbeziehungen stellt die Beseitigung der großen Mängel in der sozialen Entwicklung des Dorfes, die zentrale, ich würde sogar sagen, grundsätzliche Frage dar. Auch hier tun prinzipiell gute Maßnahmen nichts. Das Mangelproblem stellte die Aufgabe, schon in der nächsten Zeit die Versorgung der Familien auf dem Lande mit komfortablen Wohnungen zu verbessern. Es ist eine Reihe konkreter Maßnahmen zum Straßenbau vorgesehen. Die Investitionen für all diese Zwecke müssen im neuen Planjahr fünf auf das 2,4fache anwachsen. Ich unterstütze auch die zahlreichen Meinungen der Volksdeputierten, die von dieser Tribüne aus ausgesprochen wurden, daß es nämlich notwendig sei,

(Fortsetzung S. 3)

Auf dem Kongreß der Volksdeputierten der UdSSR

Den Interessen des Volkes dienen

(Fortsetzung)

das Niveau der Gasifizierung und Elektrifizierung der Dörfer rapide zu steigern und ihre gesamte soziale Infrastruktur radikal zu ändern. Dazu müssen unserer Ansicht nach über 120 Milliarden Rubel investiert werden, was die für dieses Planjahr fünf vorgezeichnete Summe 1,5fach übertrifft.

Wir müssen unsere Bemühungen noch mehr auf die Knotenprobleme des Agrar-Industrie-Komplexes des Landes konzentrieren, die unsere Möglichkeiten zu einer besseren Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln unmittelbar hemmen und es nicht gestatten, die soziale Spannung in der Gesellschaft abzubauen. Das bezieht sich vor allem auf die Beförderung, Verarbeitung und Lagerung landwirtschaftlicher Rohstoffe. Die Verluste erreichen hier astronomische Zahlen. Bis 25 Prozent dessen, was das Land produziert, gelangt nicht an die Konsumenten.

Das auf diesem Gebiet entfaltete Aktionsprogramm ist allgemein bekannt. Es war Gegenstand einer Sonderbehandlung im Oktober 1987. Das damals gestellte Hauptziel war, eine radikale Veränderung der Struktur der Verarbeitungszweige der Industrie abzusichern und das Hauptgewicht auf die Verstärkung ihrer materiell-technischen Basis zu legen. Gemäß dem von der Regierung gefaßten Beschluß wird geplant, für die Realisierung dieses Programms 77 Milliarden Rubel in Anspruch zu nehmen. In mancher Hinsicht müssen wir die Industrie der Verarbeitung, Lagerung und Beförderung landwirtschaftlicher Rohstoffe und Lebensmittels praktisch neugestalten. Ich will daran erinnern, daß es bis 1995 gilt, durch die Entwicklung der Verarbeitung und die Einführung abfallloser Verluste ausschließender Technologien, zusätzlich Produktion im Werte bis zu 40 Milliarden Rubel, oder 60 Prozent des gesamten Zuwachses an Lebensmitteln im Lande, zu erhalten.

Gegenwärtig wird die Frage der Melioration in der Landwirtschaft vollständig revidiert. Viele Jahre lang führte das bestehende System zu gewaltigem Aufwand, ohne die gewünschten Resultate einzubringen, und schädete häufig die Natur. In diesem Aspekt ist die Kritik an der ehemaligen Leitung des Ministeriums für Melioration und Wasserwirtschaft vollkommen gerecht. Der Ministerrat der UdSSR zog Schlüsse daraus und vertritt nun die Ansicht, daß man sämtliche Fragen der Wasserwirtschaft nicht in nur einer Hand konzentrieren darf. Dieses Ministerium muß ausschließlich eine Bauorganisation werden. Was die Bauobjekte betrifft, so müssen hier als Auftraggeber die Kolchoses und Unionsrepubliken auftreten, d.h. diejenigen, die besser wissen, was der Boden braucht. Dem Zentrum sollte man die Lösung der Fragen von ausschließlich gesamtsowjetischer und zwischenrepublikbedeutung überlassen.

Beharrliche Arbeit in all diesen Aspekten wird es letztendlich ermöglichen, schon im dreizehnten Planjahr fünf den Wert der Produktion von Lebensmitteln jährlich auf 200 Milliarden Rubel zu bringen und ihn gegenüber dem Vorjahr um fast 70 Milliarden Rubel zu vergrößern. Das ist nur bei einem jährlichen Zuwachs von mindestens 5 Prozent möglich. Erst in diesem Fall werden auf dem Lebensmittelmarkt reale Wandlungen eintreten.

Ich bin der Ansicht, daß die Aufgaben der neuen Regierung bei der Schaffung von Bedingungen zur grundsätzlichen Verbesserung der Lebensmittelversorgung des Landes direkt dem Appell der Agrar-Volksdeputierten an den Kongreß entnommen werden müssen. Das ist jener Kodex, dessen Befolgung den Bauern tatsächlich, so wie in der ganzen Welt, in eine angenehme Figur verwandelt muß. Man muß alles tun, damit er in unserer Gesellschaft eine würdige Stelle einnimmt (Beifall). Das bezieht sich auch auf seine sozialen Lebensbedingungen, einschließlich der materiellen Versorgung, der Lebensweise, der medizinischen Betreuung, die Bildung und Kultur. Das bezieht sich auch auf alles andere, was Arbeitsbedingungen, Produktionsinfrastruktur und technische Ausstattung umfaßt. Kurzum, all das, was der Städter schon heute besitzt.

Zur besseren Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln müssen auch die anderen Wirtschaftszweige einen gewichtigen Beitrag leisten. Vor allem bezieht sich das auf den so mächtigen Zweig wie die Fischwirtschaft, die für die Lösung der erwähnten Probleme Bedeutendes leistet, die aber ebenfalls zahlreiche Probleme zu lösen hat. Der wichtigste Orientierungspunkt in der Tätigkeit der Regierung bezüglich des Agrarsektors wird die Erfüllung des Auftrags der Volksdeputierten sein, die Ökonomie des Landes den Belangen des Dorfes zuzuwenden. Nur so eine Sorge um die Dorfwerkstätten wird es ermöglichen, in knapper Frist die Situation, mit den Lebensmitteln auf dem Verbrauchermarkt zu ändern.

V. Die Finanzsituation des Landes und Maßnahmen zu deren Sanierung. Nun zur finanziellen

Lage im Lande. Ihr ist auf dem Kongreß eine besondere Aufmerksamkeit geschenkt worden. Den Deputierten müssen ausreichende Informationen über diese wichtige Frage zur Verfügung stehen.

In den drei vorhergehenden Planperioden wurden im Zusammenhang mit der Effektivitätsminderung der gesellschaftlichen Produktion über 150 Milliarden Rubel Einkommen zu wenig gebucht, während die Staatsausgaben die Plankennzahlen ebenfalls um 150 Milliarden Rubel übertrafen. Ausgerechnet hier nehmen unsere heutigen Schwierigkeiten ihren Anfang.

Der Mangel an Finanzressourcen wurde damals durch die überplanmäßigen Einnahmen im Außenhandel mit 103 Milliarden Rubel gedeckt. Man hatte diese Summe dank der gestiegenen Nachfrage nach Energie- und Brennstoffressourcen auf dem Weltmarkt gewonnen. Gleichzeitig wurden auch die Einzelpreise um 54 Milliarden Rubel gestiegen, etwa 20 Milliarden Rubel gewann man durch die verdockte Preiserhöhung von Massenbedarfsartikeln infolge der Senkung ihrer Qualität, 106 Milliarden Rubel wurden beim Bankensystem geliehen. Um diese Zeit hatte sich die Geldemission unerhöht vergrößert: Die Menge des Geldes im Umlauf war auf Dreifache angewachsen.

So ist das reale Bild. Auf den ersten Blick gewann man jedoch einen guten Eindruck — die Ausgaben gleichen den Einnahmen, folglich gab es hier auch keine Probleme. Zu gleicher Zeit wurde den Betrieben und Branchen vor dem erfolgreichen Hintergrund der finanziellen Bilanziertheit das Letzte entzogen. Sie wurden praktisch der Möglichkeit beraubt, die erarbeiteten Mittel zu nutzen. Der überwiegende Teil der Ersparnisse, mit Ausnahme der im Plan bestimmten Summen, wurden dem Haushalt zugeführt.

So sah das ökonomische System aus, das die Volkswirtschaft äußerlich im großen und ganzen angeblich bilanzierte, tatsächlich aber die Wirtschaftsinitiative der Arbeitskollektive dämpfte. Ich bitte, darauf besonders zu achten, denn die heute entstandene finanzielle Situation erklärt sich im vielen gerade durch die grundlegende Verletzung der bisher gültigen Prinzipien.

Mit solch einem finanziellen Erbe war das Land in die zwölfte Planperiode gestartet.

Man brauchte Zeit, um die Sachlage in dieser früher allen unzugänglichen Zone tiefgehend und allseitig zu erforschen. Es wurde klar: Falls wir keine grundlegenden Maßnahmen zur Entwicklung neuer Prinzipien der finanziellen Beziehungen zwischen Betrieb und Staat entwickeln (und heute geht es so um einzelne Regionen), so werden wir die nötigen sozial-ökonomischen Wandlungen nicht sichern können und die Wirtschaftsreform sprengen.

In solch einer Situation geraten, mußten wir eine klare Antwort auf die Frage geben — welche Strategie ist nun zu wählen, um aus dieser komplizierten Lage herauszukommen.

Es wurden verschiedene Wege vorgeschlagen. Erstens die Sozialprogramme zu reduzieren und die Einzelhandelspreise zu steigern. Die Regierung hatte dazu eine feste Einstellung — dieser Weg ist in keiner Position annehmbar. Zweitens den Betrieben die Reste der verdienten Mittel zu entziehen und somit den Staatshaushalt auszugleichen, wie man es früher tat. Auch dieser Weg wurde abgelehnt, weil er die Grundsätze der Wirtschaftsreform unmittelbar untergräbt und das Gesetz über den Betrieb verletzt. Drittens die Außenschulden zu vergrößern. Aber das würde die Transformation der inneren Schulden in die äußeren bedeuten. Und diese hatten schon ohnedies die gefährliche Grenze erreicht, hinter der der Staat in eine äußerst schwierige Situation geraten kann.

Davon ausgehend, hatte man die Aufgabe gestellt, die wachsenden Staatsausgaben nur durch die Vergrößerung der Einnahmensquote auf Grund der Effektivitätssteigerung der gesellschaftlichen Produktion und ihrer Intensivierung zu begleichen, wodurch sich auch die finanzielle Lage im Lande stabilisieren läßt. All das bei der sich bereits andeutenden Reduzierung der Weltmarktpreise für Brennstoffe.

Wie sehen nun die Endergebnisse aus? Aller Ansicht nach wird die zwölfte Planperiode die erste sein, in der vorgesehenen Einnahmekennziffern erfüllt sein werden. Es hat ein aktiver Prozeß der finanziellen Genesung der Betriebe begonnen, denen nun mehr als die Hälfte der Einnahmen zur Verfügung bleibt.

Im Moment sind in den Betrieben unter Berücksichtigung der Fondsreste für materielle Stimulierung etwa 250 Milliarden Rubel konzentriert, das heißt, genau die Summe, die dem Unionshaushalt im laufenden Jahr zur Verfügung steht.

Man muß jedoch hervorheben, daß sich die Situation mit den Staatsfinanzen, trotzdem wir Zeugen der Verstärkung von Finanzen im Hauptproduktions-

reich sind, weiterhin verschlechtert.

Was ist der Grund dafür? Im großen und ganzen ist es dem Staat nicht gelungen, in den vier Jahren der Planperiode die geplanten Einnahmen zu buchen und den Zuwachs der Ausgaben zu stoppen.

Bei der Entwicklung des Fünfjahrplans rechnete die Regierung mit einer Verschlechterung der Konjunktur des Weltmarktes, aber die Situation gestaltete sich viel schlimmer, als wir dachten. Im Ergebnis werden die Einnahmen infolge der Außenwirtschaftstätigkeit um 30 Milliarden Rubel unter den geplanten Kennzahlen liegen. Ihre Folgen hat auch die forcierte Antialkoholkampagne. Im Endresultat werden die Staatseinkünfte aus allen Quellen um 40 Milliarden Rubel geringer sein.

Zugleich werden die Ausgaben in den Jahren 1986—1989 die geplanten um 62 Milliarden Rubel übertreffen. Ein beträchtlicher Teil von Mitteln wurde gemäß den Beschlüssen des XXVII. Parteitags der KPdSU auf die Realisierung von Maßnahmen zur sozialen Entwicklung des Landes gerichtet.

Könnten wir uns von diesen Ausgaben enthalten? Urteilen Sie selbst — ich nenne sie: Allein für die Reformen des Gesundheitsschutzes, der Allgemeinbildung und der Hochschule, zur minimalen Verbesserung der Rentenversorgung für verschiedene Bevölkerungsschichten, zur Vergrößerung der Hilfe für Kinder in minderbemittelten Familien, zur verbesserten materiellen Versorgung von Waisenkindern und für andere Ausgaben (mit Ausnahme der Kapitalinvestitionen für den Bau von Wohnungen und Objekten für nichtproduktive Zwecke — ich hebe es hervor) hat der Staat in den vier Jahren zusätzlich 21 Milliarden Rubel verausgabt.

Außerdem beläuft sich die zusätzliche Hilfe für die Landwirtschaft auf rund 10 Milliarden Rubel. Wie Sie bereits wissen, benötigen wir über 8 Milliarden Rubel nach der Havarie in Tschernobyl. Betrachtlich sind auch die Ausgaben für die Behebung der Folgen des Erdbebens in Armenien. Etwa 5 Milliarden Rubel pro Jahr machten unsere Ausgaben in Afghanistan aus.

Die Lage mit dem Geldumlauf hat sich äußerst zugepointet. Was geht hier vor sich?

Zuerst über die Einnahmen der Bevölkerung. In den drei Jahren haben sie die geplanten um 20 Milliarden Rubel übertroffen, wobei der gesamte Zuwachs auf das Jahr 1988 entfiel. Allein der Lohnzuwachs hat die Plankennziffern um 14,5 Milliarden Rubel übertroffen. Die Sache ist die, daß viele Betriebe, das ihnen gewährte Recht zur Verteilung der erarbeiteten Mittel wahrnehmend, die ökonomisch begründete Abhängigkeit zwischen Arbeitslohn und Arbeitsproduktivität vergessen haben und somit die wichtigste Forderung des Gesetzes über den staatlichen Betrieb verletzen.

Die Volkswirtschaft war selbstverständlich nicht instande, die Produktion von Waren und Dienstleistungen zu vergrößern, die solch eine Einnahmexplosion kompensieren würde. Im Ergebnis entstand auf dem Verbrauchermarkt eine sehr zugepointete Situation, besonders im Jahre 1988 und Anfang 1989. Das stimulierte die Inflationsprozesse.

Das wäre die reale Lage in den Finanzen und im Geldumlauf, Genossen. Die Regierung hat ein Programm der finanziellen Sanierung der Ökonomie beauftragt. Es ist vorgesehen, es in zwei Etappen zu verwirklichen. Die erste umfaßt die Jahre 1989—1990. Für diese Periode ist, wie ich bereits sagte, eine wesentliche Vergrößerung der Warenproduktion, die Reduzierung der Produktionsinvestitionen und der Ausgaben für die Verteilung, die Reduzierung von Ausgaben zur Unterhaltung des Verwaltungsapparats sowie der Straffung des Sparsamkeitsprinzips und eine Reihe anderer Maßnahmen vorgesehen.

Besonders zu unterstreichen ist das Problem der verlustbringenden Betriebe. Im Jahre 1988 gab es davon in den Bereichen der materiellen Produktion (mit Ausnahme von Kolchosen) etwa 9 000. Um die Verluste zu decken, brauchte man über 5 Milliarden Rubel. Dabei ist das nur die rein finanzielle Seite der Sache. Die andere, nicht minder wichtige, besteht darin, daß das heutige Wirtschaftssystem, das bisweilen Ausgleichstendenzen aufweist, es solchen Betrieben ermöglicht, auf Kosten der gut arbeitenden Kollektive zu leben. Die Regierung vertritt die feste Position, daß das Jahr 1990 für diese unter neuen Wirtschaftsbedingungen unzulässige Erscheinung das letzte sein soll.

Alle diese Maßnahmen werden es ermöglichen, das Haushaltsdefizit in diesem Jahr um 29 und im nächsten — um 34 Milliarden Rubel zu verringern.

Für die zweite Etappe — in der XIII. Planperiode — lautet die Aufgabe, nicht nur die finanzielle Lage zu stabilisieren, sondern auch das Haushaltsdefizit zu überwinden. Unserer Ansicht nach gilt es, das Programm der finanziellen Sanierung in der XIII. Planperiode bei der Vor-

bereitung der Konzeptionen und Hauptrichtungen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des Landes für die kommenden Periode zu entwickeln, es im Obersten Sowjet der UdSSR zu erörtern und auf dem II. Kongreß der Volksdeputierten zu diskutieren.

Ich kann nicht um die Situation herumkommen, die sich in der Gesellschaft um die Kooperation gebildet hat. Die Prozesse, die sich hier entfalten, werden vom Volk auf verschiedene Weise bewertet, denn sie sind in vielem gegensätzlich; sie basieren nicht nur auf gesunder Grundlage, sondern auch auf völlig negativen Bestrebungen mancher Kategorien von Kooperatoren.

Das fügt dem Wesen der Kooperation einen großen Schaden zu, weil sie solche Elemente wie Profitieren, persönliche Bereicherung, Habsucht, Ignorierung des Interesses der Mitbürger nicht akzeptiert. Leider ist das alles in unserer Kooperationsbewegung vorhanden und löst eine Empörung der Werktätigen aus. Es kommt sogar so weit, daß man verlangt, die Kooperativen im Bereich der gesellschaftlichen Verpflegung, im Handel, in der Vermittlungstätigkeit zu schließen und sie nur im Produktions- und Dienstleistungsbereich zu belassen.

Ich muß sagen, Genossen, daß hier ein gut erwogenes Vorgehen, eine konsequente Kleinarbeit zur Sanierung der Kooperation und ihrer Befreiung von all dem Schmutz, der sich in den zwei Jahren ihrer aktiven Entwicklung aufgedrückt hat. Und diese Arbeit haben vor allem aktiv die örtlichen Sowjets auszuführen, die ja bei der Registrierung der Statute der Kooperativen ihnen das Geleit ins Leben geben. Jetzt sind den Sowjets breite Rechte und Möglichkeiten gewährt, um auf die Gründung neuer, der Gesellschaft nützlicher Kooperativen einzuwirken, natürlich je nach den örtlichen Bedingungen, sowie ihre Tätigkeit durch ein effektives Steuerwesen zu regeln. Die Grundlage dieser Sache ist klar — die Entwicklung der Kooperativbewegung muß auf den Prinzipien der sozialen Gerechtigkeit erfolgen.

VI. Die Hauptwege der Normalisierung des Investitionsprozesses. Genossen Deputierte! Die Investitionspolitik wurde einer besonders scharfen Kritik unterzogen. Wir müssen uns tiefgehend mit dieser Frage befassen, damit wir in der nächsten Zukunft über die entstandene Situation Herr werden und die Lage sanieren können.

Die prinzipielle Besonderheit der gegenwärtigen Investitionspolitik besteht darin, daß im Ergebnis der Durchführung der Reform die Betriebe über große Finanzressourcen verfügen. Wenn z. B. 1986 der spezifische Anteil der Investitionen auf Kosten der eigenen Mittel der Betriebe nur etwa 3 Prozent des Gesamtumfangs der staatlichen Investitionen ausmachte, so wird es 1989 41 Prozent erreichen. Das wird die gesamte Organisation des Investitionsprozesses von Grund auf ändern.

Im Lande ist eine dringende Notwendigkeit herangereift, Veränderungen in der Leitung des Mechanismus des Bewusstseins vorzunehmen. Die übermäßige Zentralisierung hemmt die Initiative der Republik- und örtlichen Organe und gestattet ihnen nicht, ihre Belange in vollem Maße zu berücksichtigen sowie ihre regionalen Möglichkeiten auszunutzen. Nicht minder wichtig ist, daß die Verantwortung der Republik dabei herabgemindert wurde.

Es wurden Beschlüsse über die Dezentralisierung der Leitung der Bauprozesse gefaßt. Die Leitungsfunktionen wurden den Unionsrepubliken übergeben.

Die Ausnahme macht heute die RSFSR, wo die Hautauftragsarbeiten die Unionsministerien ausführen. Doch das Leben hat gezeigt, daß auch hier dieser Schritt nicht tut. Den Unionsrepubliken wurde im wesentlichen auch die Baustoffindustrie übergeben. Ein solches Vorgehen entspricht voll und ganz den Prinzipien der neuen Regionalpolitik.

Dessenungeachtet bleibt die Lage gespannt. Der heute im Bauwesen wirkende Mechanismus hat die früheren „Tonnenideologie“ nicht beseitigt, beeinflusst nur ungenügend die Termine und die Qualität der Arbeit.

Um das Ausmaß der Bauarbeiten einzuschränken, wurden noch am Anfang des Planjahres als erzwungener Schritt rigorose administrative Maßnahmen ergriffen, die allerdings nur provisorische Ergebnisse zeigten. Im weiteren, beim Übergang zu den ökonomischen Methoden, wiederholte sich die Situation der vergangenen Jahre wegen der Unvollkommenheit des Wirtschaftsmechanismus. Gegenüber dem Jahr 1985 nahm 1988 die Zahl der neugebauten Bauvorhaben, deren Pläne jetzt von den Ministerien und Betrieben selbstständig ausgearbeitet und bestätigt werden, wiederum um 31 Prozent zu.

Auf diese Weise wurden die Investitionen erneut versplittert. Die Dauer der Errichtung von Bauobjekten übersteigt jetzt die Normativen mehr als doppelt. Die unvollendete Bauproduktion nimmt zu. Die Aufgaben in der Inbetriebnahme vieler Kapazitäten werden systematisch nicht erfüllt. Im Ergebnis kommt die Volkswirtschaft mit geringerem Produktionspotential, als es im Fünfjahrplan vorgesehen wurde.

Die künftige Regierung wird recht komplizierte Fragen der Investitionspolitik zu lösen haben.

Die Abschätzung der Möglichkeiten unter der Berücksichtigung der Finanzlage des Landes zeigt, daß der Gesamtumfang der Investitionen aus allen Finanzierungsquellen im kommenden Planjahr fünf real nicht mehr als um 10 Prozent anwachsen kann. Zugleich muß man große Strukturveränderungen in der Volkswirtschaft, vor allem im Investitionsbereich, vornehmen.

Erstens, Uns steht bevor, die Wirtschaft von Grund auf der Lösung sozialer Probleme zuwenden; dafür ist ein großes ökonomisches Manöver mit den Landesressourcen erforderlich. In der Praxis bedeutet das die Notwendigkeit eines rascheren Wachstums aller Investitionsarten für die Festigung der material-technischen Basis des sozialen und kulturellen Bereichs. Wie die Berechnungen zeigen, kann ihr Anteil am Gesamtumfang der Investitionen in die Volkswirtschaft im XIII. Planjahr fünf real etwa 34 Prozent gegenüber den 26 Prozent im XII. Planjahr fünf erreichen, das ist 1,5 mal mehr gegenüber dem laufenden Planjahr fünf.

Zweitens, Es ist notwendig, eine Investitionspriorität für den Agrarbereich zu schaffen.

Drittens, In der bevorstehenden Periode sind die Hauptanstrengungen auf die Gewährleistung einer grundlegenden Rekonstruktion der Zweige in allen Bereichen der Ökonomie zu konzentrieren, die unmittelbar für den Menschen arbeiten.

Was die Umrüstung der investitionsintensiven Basiszweige der Volkswirtschaft betrifft, so müssen ihre Maßstäbe wesentlich reduziert und muß die Effektivität des vorhandenen Produktionspotentials entsprechend gesteigert werden, obwohl — das müssen wir berücksichtigen — auch hier Probleme vorhanden sind, die sich auf die Arbeit der gesamten Volkswirtschaft auswirken können.

Unter diesen Bedingungen wird natürlich ein anspruchsvolles Herangehen an die Formulierung des Investitionsprogramms erforderlich. Man wird die Fristen der Erfüllung einer Reihe von Großprojekten und -beschlüssen über die Entwicklung einiger Zweige und Regionen stoppen oder auf spätere Zeiten verlegen müssen. Das ist recht kompliziert, und dieser Prozeß wird äußerst schmerzvoll sein. Es genügt zu sagen, daß laut vorläufigen Berechnungen die Investitionen allein für die einzelnen Großbauvorhaben und Objekte um 27 Milliarden Rubel gesenkt werden könnten.

Und selbstverständlich wird es nötig sein, gemeinsam mit den Unionsrepubliken einen Maßnahmenkomplex zur Reduzierung der unvollendeten Bauproduktion zu verknüpfen. Das ist für uns sehr notwendig. Und vor allem deshalb, weil bei dem geringen Anwachsen der Investitionen die Einführung der Grundfonds in die Produktion wesentlich vergrößert werden kann.

Neben den getroffenen Maßnahmen zur Umgestaltung der Investitionstätigkeit gilt es, zur Nutzung eines prinzipiell neuen Wirtschaftsmechanismus überzugehen, der auf die Verbesserung aller Qualitätscharakteristiken in der Bauproduktion orientiert ist, weil der gegenwärtig geltende große Nachteile hat.

Viele Mängel im Investitionsbau sind die Folgen der entstandenen Finanzierungspraxis, wo die Mittel für Bauvorhaben nicht verdient, sondern nach dem Willen der übergeordneten Organisationen bereitgestellt werden. Natürlich muß das alles entschieden geändert werden. Bildhaft gesagt, muß das Geld seinen Herr haben. Erst dann wird es vernünftig genutzt sein.

Die Hauptrichtungen des wirtschaftlichen Mechanismus im Bauwesen sind nun erarbeitet. Natürlich müssen sie unter Berücksichtigung der Meinungen aller Republikern präzisiert werden.

Die neue Zusammensetzung der Regierung wird aus jener heftigen, aber gerechten Kritik, die auf dem Kongreß klang, die nötigen Schlüsse ziehen müssen. Im Investitionsbau muß das Niveau zivilisierter Staaten erreicht werden. Wir errichten Objekte, die Jahrzehnte oder sogar Jahrhunderte überdauern werden. Gerade sie werden das intellektuelle und das technische Niveau der gegenwärtigen Gesellschaft widerspiegeln.

VII. Probleme der Beschleunigung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts und der Schaffung einer günstigen Umwelt für den Menschen. Genossen Deputierte! Kurz über die Probleme der Entwicklung der Wissenschaft und Technik. Für das wissenschaftlich-technische Niveau unserer Volkswirtschaft sind kolossale Ungleichmäßigkeiten und Kontraste kennzeich-

nend. Einerseits — große Leistungen auf einigen Gebieten der Wissenschaft und Technik, andererseits — starker wissenschaftlicher und technologischer Rückstand in vielen Zweigen, der in der heutigen Vorstellung dem gesunden Menschenverstand widerspricht.

Die Ursachen dafür sind sowohl objektive als auch subjektive Charaktere, doch der Hauptgrund liegt im Mechanismus der Wirtschaftsführung. Ihm fehlt das Motivationsystem, das ein beliebiges Kollektiv dazu bewegen würde, Neues zu ermitteln, und das materiellen Wohlstand ohne die Auswertung wissenschaftlich-technischer Ergebnisse unmöglich machen würde.

Wir müssen einen exakten Kurs auf die Vertiefung der wirtschaftlichen Rechnungsführung und der Eigenfinanzierung im Bereich der Forschungs- und Konstruktivität steuern. Seit 1988 arbeiten unter solchen Bedingungen die Forschungsinstitutionen von 23 Branchen, in diesem Jahr gehen alle, einschließlich die Akademie, Hochschulen und die Forschungseinrichtungen des Verteidigungskomplexes, dazu über.

Dabei ist es außerordentlich wichtig, ein wirtschaftlich zu tiefst fundiertes Verhältnis zu ermitteln zwischen der Finanzierung aus dem Haushalt und derjenigen, die auf Vertragsgrundlage beruht, bei der Entwicklung angewandter und fundamentaler Forschungsarbeiten. Es ist vollkommen klar, daß infolge des Übergangs der Forschungsinstitutionen zur Arbeit unter den neuen Bedingungen der Wirtschaftsführung keinesfalls die zukunftsorientierten Fundamentalentwicklungen beeinträchtigt werden sollen, die von gesamtstaatlicher, gesamtnationaler Bedeutung sind. Sie müssen wie zuvor hauptsächlich aus dem Staatshaushalt finanziert werden.

Ein Jahr der Arbeit der zweigebundenen Forschungsinstitutionen unter den neuen Bedingungen hat gezeigt, daß die dem Wirtschaftsmechanismus zugrundegelegten Grundsätze insgesamt richtig und effektiv sind. Allerdings sind ihm noch so manche negative Momente eigen, wie unter anderem das ungerechtfertigte Wachstum der Löhne, die Überhöhung der Preise für wissenschaftlich-technische Erzeugnisse, die Veranlassung der Reduzierung der Erkundungsarbeiten sowie der Arbeiten zur Schaffung eines wissenschaftlichen Vorlaufs. Diese Hindernisse sind jedoch überwindbar. Hauptsache ist, das Land rascher in jene Entwicklungsprozesse einzuschalten, die sich heute in Weltmaßstab vollziehen. Vor allem betrifft das die technologische Revolution, die sich im Ausland aktiv entwickelt. Das wird uns große Anstrengungen und die Konzentration unseres gewaltigen intellektuellen Potentials kosten.

Genossen! Eine ernsthafte Spannung ruft im Lande die Probleme hervor, die mit der Schaffung eines günstigen Lebensmilieus des Menschen verbunden sind. Die verstärkte Bewegung für ökologische Sicherheit wird sozialpolitisch immer ausgeprägter.

Die Aktivität der Massenmedien und der Bevölkerung ist hier durchaus verständlich. Unserer Vergangenheit war die Praxis der volkswirtschaftlichen Diskussion von ökologischen Fragen in konkreten Regionen fremd.

Es sei betont, daß eine ansehnliche Zahl der bestehenden Industriebetriebe, besonders solcher, die in den 30er, 40er und 50er Jahren angefallen waren, den ökologischen Normen meistens nicht entsprechen. Auch in vielen neuen Industrieobjekten halten die technologischen Prozesse mit den Forderungen von heute nicht Schritt. Infolgedessen zeigte sich die ökologische Situation in einer Reihe von Großindustriestädten als äußerst ungünstig. Allein die Schadstoffemissionen belaufen sich gegenwärtig auf rund 100 Millionen Tonnen.

In den Jahren 1985 bis 1988 wurden Regierungsbeschlüsse über den Schutz und die rationelle Nutzung der natürlichen Ressourcen des Balkal- und des Ladoga-Sees sowie über zusätzliche Maßnahmen zur Verhütung der Verunreinigung des Luftraumes und der Gewässer in den Städten Tscheljabinsk, Magnitogorsk, Karabach, Fergana, Kemerowo, Salawat, Sterlitamak, Togliatti u. a. gefaßt. Einge stellt wurden Arbeiten, verbunden mit der Umleitung eines Teils des Abflusses der Flüsse im Norden und in Sibirien, mit dem Bau des Wasserbaukomplexes Rshew und des Kanals Wolga—Tschogral.

Es wurde auch ein komplexer Beschluß über Naturschutzmaßnahmen im Becken des Aralsees gefaßt, werden Vorschläge bezüglich des Wolgastromgebiets und des Kaspises vorbereitet. Gegenüber 1985 haben sich die Flächen der Schonreviere von 18 Millionen auf 21 Millionen Hektar vergrößert.

Wie ersichtlich, wird bereits vieles getan. Doch die Last der sich angehäuferten Probleme ist so schwer, daß es außerordentlich kompliziert ist, die entstandene ungünstige ökologische Si-

tuation in knappen Fristen zu sanieren. Das fordert beachtliche Geldmittel und Materialwerte. So müssen laut vorläufigen Berechnungen zur Realisierung des Entwurfs eines langfristigen Staatsprogramms für Naturschutz bei der unumgänglichen Entwicklung der Produktivkräfte des Landes im Laufe dreier Fünfjahrplanperioden 135 Milliarden Rubel bewilligt werden, das heißt 45 Milliarden pro Periode gegenüber den 15 Milliarden Rubel in der laufenden.

Es liegt jedoch nicht allein an den Geldmitteln. Um diese Mittel in Anspruch zu nehmen, müssen spezialisierte Kapazitäten der Baubetriebe entwickelt und, was wohl das Schwierigste ist, ökologisch reine Technologien und die entsprechenden Ausrüstungen entwickelt werden.

Aus der ganzen Menge der akuten Probleme, die heute von der Öffentlichkeit aufgeworfen werden, rücken Fragen der atomaren und der Hydroenergie in den Vordergrund. Diesbezüglich liegen zahlreiche Interpellationen und Appelle der Volksdeputierten vor. Die Ursachen solch einer Besorgnis sind verständlich. Das sind das KKW Tschernobyl, die Wasserkraftwerke in den Tälern usw. Die Fragen sind dermaßen tief und prinzipiell, berühren derart direkt die Weiterentwicklung des Landes und die Lebensbedingungen der Sowjetmenschen, daß sie es verdienen, extra erörtert zu werden. Unserer Meinung nach gilt es, die entsprechenden Änderungen am langfristigen Energieprogramm der UdSSR vorzunehmen, es im Obersten Sowjet der UdSSR zu erörtern und dann zur volksweltigen Diskussion zu stellen. (Beifall).

Es gilt auch, nochmals extra den gesamten Fragenkomplex, verbunden mit der Situation in Belorussland, in der Ukraine und in der RSFSR zu erörtern, der infolge der Havarie in Tschernobyl entstanden ist.

Kurz und gut, auf die Lösung der vor dem Lande stehenden ökologischen Probleme muß das gesamte produktions-technische und intellektuelle Potential, darunter auch die an den Akademien, Hochschulen und in den Volkswirtschaftszweigen betriebene Wissenschaft gelenkt werden. Es ist darauf hinzuwirken, daß die ökologische Situation in allen Landesregionen Schritt für Schritt verbessert wird.

Genossen! Der Tätigkeit der Regierung werden stets die Hochachtung der Freiheit und der Verfassungsrechte, der Ehre und der Würde jedes Sowjetbürgers, die strikte Befolgung des Prinzips der Konsolidierung der Gesellschaft und verschiedener sozialer und demographischer Gruppen zugrunde liegen. Das ist sehr wichtig. Im Lande haben sich nach außen strebende Tendenzen verstärkt, häufen sich Streiks und Kundgebungen zweifelhafter Richtung an, und werden nationalistische Stimmungen geschürt. Diesbezüglich möchte ich mich ganz eindeutig äußern: Man darf nicht die Mißachtung der Menschenrechte nach nationalem oder irgendeinem anderen Merkmal, Anarchie und Verantwortungslosigkeit, Störungen des Arbeitsrhythmus, Zunahme von Kriminalität und Bestechung zulassen. Alle demokratischen Freiheiten auf rechtlicher Grundlage strikt schützen, wird die neue Regierung Standhaftigkeit bekunden bei der Schaffung der Atmosphäre der Gesetzmäßigkeit und öffentlichen Ordnung, darunter auch durch die Festigung und Verwirklichung der Tätigkeit der Rechtsschutzorgane.

Der Demokratisierungsprozeß im Lande wächst stürmisch an. Dabei erfaßt er immer neue Bereiche des menschlichen Lebens. Die demokratischen Grundsätze setzen sich in unserem Alltagsleben konsequent durch. Das betrifft sowohl die Produktion als auch die Kultur und die Kontakte der Bürger. Demokratischer werden unser gesamtes politisches System, die Wirtschaft und die regionalen Beziehungen.

Kurzum, im Lande, das die Übergangsperiode zu seiner neuen Wachstumsqualität durchlebt, vollziehen sich immer aktiver gesunde Prozesse der Befreiung der Persönlichkeit. Die Dialektik dieses Zustands in der Gesellschaft ist so, daß sich neben den demokratischen Grundsätzen pseudodemokratische Prozesse entwickeln. Sie beeinflussen äußerst negativ die Stabilität der Lage im Staat, untergraben die Disziplin und verursachen dem gesunden Menschenverstand zum Trotz Ordnungswidrigkeiten in der Gesellschaft. Wegen Schlamperie, Verantwortungslosigkeit und grober Verletzungen elementarer Vorschriften werden viele gute Vorhaben im Lande nicht zu Ende geführt.

Uns verfolgen tragische Unfälle, die große Menschenopfer fordern. Hinter all dem stehen häufig Verantwortungslosigkeit, amoralisches Verhalten zur übertragenen Sache und manchmal grobe Abwechslung von der elementaren Menschenpflicht. Wir werden bei der Abschaffung derartiger Erscheinungen im Leben unserer Gesellschaft selbstverständlich Erfolg haben, wenn buchstäblich das ganze Volk an der Sache teilnimmt.

(Schluß S. 4)

Auf dem Kongreß der Volksdeputierten der UdSSR

Den Interessen des Volkes dienen

(Schluß)

Die Demokratisierung der Gesellschaft als die Schwerpunktaufgabe stellend, legte die Partei in diesen Begriff hohen Sinn und die Notwendigkeit einer bewußten Disziplin und einer bewußten Ordnung hinein, wo die Bürger unseres großen Landes im Rahmen des Aufbaus einer demokratischen Gesellschaft und eines Rechtsstaates, unter Konsolidierung von Bemühungen alles daransetzen, damit unser Land sicher, konstant und störungsfrei auf dem Weg des Fortschritts vorankommt.

VIII. Neue Verteidigungsdoktrin und Entwicklung der Ökonomie. Genossen Deputierte! Die wichtigsten Richtungen in der Arbeit der Regierung sind die Fragen der Gewährleistung der Staatssicherheit sowie die allgemeine Leitung des Aufbaus der Sowjetischen Streitkräfte.

Bei der Gestaltung des Plans für die Jahre 1986 bis 1990 waren wir infolge der damaligen internationalen Lage und unserer Militärdoctrin gezwungen, traditionell ein Wachstum der Ausgaben zu Verteidigungszwecken in einem höheren Tempo als das Wachstum des Nationaleinkommens vorzusehen.

Die Friedensinitiativen des Sowjetstaates, der Abschluß einer Reihe von Verträgen über die Reduzierung und Einschränkung einzelner Waffenarten, die Prinzipien der neuen Militär- und Verteidigungsdoktrin ermöglichen ein fürwahr revolutionäres Manöver.

Unter Berücksichtigung der vorgeschlagenen Verringerung der Ausgaben für die kommenden zwei Jahre wird die gesamte Einsparung der Mittel für Verteidigungszwecke gegenüber dem festgesetzten Plan nahezu 30 Milliarden Rubel ausmachen.

Der Kongreß muß zweifellos erschöpfende Informationen über die realen Ausgaben für Verteidigungszwecke besitzen. Nur in diesem Fall können die Volksdeputierten davon eine Vorstellung haben, die es ermöglichen wird, aktiv an der Erörterung und Bildung der Militärausgaben teilzunehmen. Im Jahre 1989 sollen aus den Gesamtausgaben in Höhe von 77,3 Milliarden Rubel bewilligt werden:

für Erwerb von Rüstungen und Technik — 32,6 Milliarden Rubel; für Forschungs- bzw. Versuchs-konstruktionsarbeiten — 15,3 Milliarden Rubel;

für den Unterhalt der Armee und Marine — 20,2 Milliarden Rubel; für militärischen Aufbau — 4,6 Milliarden Rubel; für Renten für Armeeangehörige — 2,3 Milliarden Rubel; andere Ausgaben werden sich auf 2,3 Milliarden Rubel belaufen.

Es erübrigt sich wohl, diese Angaben zu erläutern. Wir beabsichtigen den Weg der Abrüstung unbeirrt zu verfolgen und anzustreben, daß der Anteil der Ausgaben für Verteidigungszwecke im Nationaleinkommen bis 1995 auf 1,5- bis 2fache verringert wird. Es ist anzunehmen, daß dieser Frage in der Tätigkeit des Obersten Sowjets der UdSSR ein besonderer Platz eingeräumt werden wird.

Die Regierung wird im Hinblick auf die konsequente Verringerung der Ausgaben für Verteidigungszwecke bestrebt sein, die Sowjetischen Streitkräfte mit allem Nötigen zu versorgen, zugleich das Prinzip der vernünftigen Suffizienz realisierend. Die Armee ist die Schöpfung des Sowjetvolkes, und sie verdient eine allgemeine Unterstützung. (Beifall).

Als dringend notwendig erweisen sich die beschleunigte Konversion der Militärproduktion, der Einsatz der freigesetzten Kapazitäten und Ressourcen für die Lösung der sozialen und ökonomischen Aufgaben. Solche Maßnahmen bieten die Möglichkeit, die Herstellung der Ausrüstungen für den Agrarindustriekomplex, für die Leichtindustrie, das Handelswesen und die Gemeinschaftsverpflegungen wesentlich auf das 1,5- bis 2fache zu vergrößern.

Diese Maßnahmen führten in diesem Jahr zur Veränderung der Produktionsstruktur des Militärkomplexes. Die Zuwachsrate der Zivilproduktion und der Massenbedarfsartikel ist hier zweimal höher als die der militärischen.

Unter dem Einfluß der Konversion wird sich die Produktionsstruktur des Militärkomplexes von Grund auf ändern. Bildet heute der Anteil der Zivilproduktion am Gesamtausstoß in den Zweigen 40 Prozent, so wird er zu Ende dieser Planperiode 46 Prozent ausmachen, und im Jahre 1995 wird er auf mehr als 60 Prozent ansteigen.

Gestützt auf die Beschlüsse über die Umorientierung der Volkswirtschaft auf die Befriedigung der sozialen Belange wurden die Militärzweige beauftragt, eine beschleunigte Schaffung neu-

er wissenschaftsintensiver Arten der Zivilproduktion und der komplizierten Hausgeräte zu gewährleisten.

In erster Linie betrifft das die medizinische Technik. 1989 wird sich ihre Erzeugung in den Betrieben der Militärzweige auf fast 240 Millionen Rubel belaufen, und in der Zukunft wird der jährliche Ausstoß nicht weniger als 1 Milliarde Rubel ausmachen. Im Hinblick auf das zugespitzte Problem der Versorgung der Invaliden mit verschiedener medizinischer Technik und auf die Schwierigkeiten mit der orthopädischen Versorgung, wovon es auf dem Kongreß mit Recht und bitterernst gesprochen wurde, faßte der Ministerrat unlängst den Beschluß über die Übergabe dieser Produktion den führenden Betrieben, die sich mit Weltraumforschung befassen. (Beifall).

Der Verteidigungskomplex muß zur Versorgung der Bevölkerung mit Waren der Kultur- und Sozialbestimmung einen viel gewichtigeren Beitrag leisten. Gegenwärtig produzieren die Militärbetriebe diese Waren jährlich im Werte von 30 Millionen Rubel, das sind 22 Prozent des Gesamtausstoßes im Lande. 1990 wird sich die Zuwachsrate auf 33 Prozent belaufen. Wir nehmen an, daß der Komplex diese Waren in der XIII. Planperiode im Werte von 250 bis 270 Milliarden Rubel herstellen und die Aufgaben des laufenden Planjahres um zwei- bis dreifache überbieten wird.

Ich halte es für notwendig, besonders auf solche eine Frage einzugehen, wie die Schaffung und Nutzung der Weltraumtechnik im Interesse der Verteidigung und der Volkswirtschaft. Wie die Aufwendungen für Verteidigungszwecke sollen dem Kongreß offensichtlich auch die Angaben über die Kosten der Verwirklichung unserer Weltraumprogramme vorgelegt werden.

Was für Mittel werden also darauf gerichtet? Ich führe die Zahlen in Milliarden Rubel an, wie folgt: volkswirtschaftliche und wissenschaftliche Kosmosforschung — 1,7; Militärkosmos — 3,9; Weltraumsystem für mehrmaligen Einsatz „Buran“ — 1,3; insgesamt — 6,9 Milliarden Rubel.

Es entsteht die Frage: Decken sich auch diese Aufwendungen? In diesem Zusammenhang kann man sagen, daß allein die Realisierung der Weltraumprogramme für Militärzwecke nach Berech-

nungen der Fachleute aus dem Ministerium für Verteidigung die Effektivität der Kampffähigkeit unserer Streitkräfte aufs 1,5- bis 2fache steigern wird.

Zugleich kommt es hauptsächlich darauf an, die Errungenschaften in der Weltraumtechnik in den Dienst der Volkswirtschaft zu stellen. Ihre Ausrichtung auf soziale Belange verstärken. Es gibt hier dafür kolossale Möglichkeiten. Nehmen wir nur ein Problem — den Anschluß an das Fernsprechnetz. Mit traditionellen Methoden werden wir dieses Problem unter den Verhältnissen unseres Landes noch lange nicht lösen können. Der Kosmos wird uns Möglichkeiten für einen anderen rascheren Weg bieten, wie es zum Beispiel mit dem Fernsehen geschah durch das jetzt 94 Prozent der Bevölkerung erfaßt wird.

Ich muß noch über folgendes sprechen. Im Rahmen der Umgestaltung und der weiteren Entfaltung der Offenheit werden sich Friedensinitiativen zunehmen, die Verfahren der Ausarbeitung und Fassung von Beschlüssen über Verteidigungsfragen wesentlich ändern. Sie werden zweifellos in derselben Weise wie auch der Staatsplan und der Haushaltsplan erörtert werden.

Unsere vornehmste Pflicht gegenüber dem Volk ist die Sicherung des Friedens für die jetzige und die künftigen Generationen auf der Grundlage einer wohlwollenden und allseitig geprüften Außenpolitik. Zweifellos werden die sowjetischen Friedensinitiativen zunehmen, der Kurs auf die Sanierung der internationalen Beziehungen wird aktiv weiterentwickelt werden. Die Regierung betrachtet es als ihre vornehmste Pflicht, diesen Kurs beharrlich ins Leben umzusetzen, größtmöglich die Durchsetzung des Geistes des Vertrauens, der Verständigung und zwischenstaatlichen Zusammenarbeit zu fördern.

IX. Außenwirtschaftliche Tätigkeit und Devisenlage des Landes. Genossen! Kurz über die außenwirtschaftliche Tätigkeit des Landes und die Devisenlage darin. Die diesbezüglich getroffenen Maßnahmen waren auf die Verletzung größerer Offenheit unserer Wirtschaft, auf die Absicherung der Möglichkeiten zur Teilnahme an der internationalen Arbeitsteilung durch alle Betriebe, Vereinigungen, Organisationen, darunter auch genossenschaftliche, gerichtet.

Jetzt, wenn alle berechtigt sind, Kontakte zum Außenmarkt aufzunehmen, sind im Lande be-

reits mehr als 2 000 Teilnehmer an der außenwirtschaftlichen Tätigkeit registriert. Auf dem Territorium der UdSSR sind etwa 460 Koproduktionsbetriebe entstanden. 2 000 Verträge über Direktverbindungen zu den Partnern in den RGW-Ländern wurden abgeschlossen.

Es wurde eine Strategie der Entwicklung außenwirtschaftlicher Beziehungen der UdSSR erarbeitet. Das Wichtigste darin ist der Übergang von den traditionellen Formen des Handels zu der weitgehenden Zusammenarbeit in Wissenschaft, Technik und Produktion. Es sind eine wesentliche Veränderung der Exportstruktur und ein rapider Aufstieg des Anteils von fertigen Erzeugnissen vorgesehen. Im Import wird dem Ankauf von Ausrüstungen für Rekonstruktion und Modernisierung ein Vorzug gegeben.

Die Lage bei der innenwirtschaftlichen Tätigkeit bleibt jedoch kompliziert. 1988 verringerte sich der Export gegenüber dem Jahr 1985 um 7,6 Prozent, der Import — um 6,3 Prozent. Man hat es nicht vermocht, die Verluste, die auf die Senkung der Weltpreise für Erdöl (von 160 Rubel je Tonne 1985 bis 60 Rubel 1988), für Erdölprodukte und Erdgas zurückzuführen sind, und die sich innerhalb der drei vergangenen Jahre auf rund 25 Milliarden Rubel in freikonvertierbaren Devisen beliefen, mittels Einkünfteanstieg durch den Export von Fertigerzeugnissen auszugleichen.

Die Lage läßt es nicht zu, auf den Ankauf vieler Arten von Erzeugnissen im Ausland zu verzichten. So wurden innerhalb der ersten drei Fünfjahrplanperioden Lebensmittel und Rohstoffe für deren Produktion für eine Summe von fast 31 Milliarden Rubel eingeführt. In diesem Jahr wird für den Import von Konsumwaren rund 22 Milliarden Rubel investiert, darunter mehr als 5 Milliarden Rubel in Devisen allein für Weizen und Lebensmittel.

Der bestehende hohe Importbedarf bei beschränkter Zahlungsfähigkeit führte dazu, daß die Außenschuld der UdSSR in harter Währung mehr als zweifach die Einkünfte durch den Export von Waren und Dienstleistungen übersteigt. Im Zusammenhang damit sind wir gezwungen, kurzfristige Kredite aufzunehmen, dabei in der letzten Zeit in immer größerem Umfang. Für die Tilgung von Zinsen reichen alle Einkünfte

durch den Erdölexport bereits nicht mehr.

Die Regierung war der Ansicht, daß die übermäßige Valutaschuld zu folgenreichen wirtschaftlichen und politischen Fehlern führen kann. Wir hatten hier die Grenze des Möglichen ohnehin schon überschritten; gemeint ist das in der internationalen Praxis zulässige 25prozentige Verhältnis zwischen den Zahlungen für Kredittilgung und Valutaertrag. Es ist klar, daß man zur Frage der Anleihe mit maximaler Vorsicht herangehen muß.

Im großen und ganzen sehe ich die Aufgabe darin, die Arbeit der neuen Regierung auf eine entschlossene Überwindung der in vielen Jahren künstlich geschaffenen Kluft zwischen der sowjetischen Wirtschaft und den in der Weltwirtschaft ablaufenden Prozessen zu richten. Wie auch bisher wird der Festigung der Beziehungen zu den sozialistischen Ländern und der sozialistischen ökonomischen Integration die Hauptaufmerksamkeit geschenkt.

Abschließend möchte ich sagen, daß es uns bevorsteht, unsere Vorhaben in einer sich qualitativ veränderten politischen Situation zu verwirklichen, mit recht demokratischen Sowjets der Volksdeputierten und ihrem höheren Machtorgan zu arbeiten. Ein grundsätzliches Unterscheidungsmerkmal der neu zu gründenden Regierung ist, daß sie unter den neuen Bedingungen tatsächlich ein vollberechtigtes Organ der Volksmacht sein wird. Erst dann kann sie zu einem sicheren Garanten der strikten Erfüllung des Volkswillens werden.

Die Partei hat ihre endgültige Wahl zugunsten der Leninschen Konzeption des Sozialismus als eines lebendigen Schöpfertums der Massen, als einer Gesellschaft getroffen, die sich auf der Grundlage neuer, wirklich humaner Prinzipien entwickelt. Von nun an sind die ganze Erfahrungen und Energie des Volkes die feste Verbindung der Politik mit den täglichen Bedürfnissen und Interessen der Menschen unsere Stütze. Noch gestern waren die persönliche Initiative, die regionalen Besonderheiten, die kulturelle Vielfalt und Originalität des Denkens nur Hemmschuhe für die bürokratische Leitung. Heute sind sie die Hauptquelle unserer Hoffnung und unseres Optimismus.

Bin überzeugt: Beharrlich und konsequent den Kurs auf die politische und wirtschaftliche Erneuerung haltend, werden wir letzten Endes unsere dringenden

sozialen Probleme lösen. So wichtig aber all das, was wir in der materiellen Sphäre leisten werden, auch sein mag, dürfen wir nicht das wertvollste Gemeingut einbüßen — das kulturelle und geistige Erbe des Volkes. Denn ein Volk, das sein geistiges Material verliert, besitzt keine historische Perspektive.

In dieser Hinsicht unterstütze ich ganz aufrichtig den Standpunkt, dargelegt auf dem Kongreß von Dmitri Sergejewitsch Lichatschow und zwar, daß es ohne Kultur in der Gesellschaft keine prinzipielle Moral gibt und ohne die elementare Moral bleiben die sozialen und wirtschaftlichen Gesetze ohne Wirkung. Die geringe Kultur beeinflusst negativ das gesellschaftliche Leben, die Produktion, die zwischenmenschlichen Beziehungen. Die Regierung wird ihr Bestes für die Entwicklung der materiellen Basis der Kultur, der Presse und anderer Massenmedien tun; beliebige nützliche Initiativen, schöpferische Bemühungen um die Bereicherung des kulturellen Erbes des Volkes und des intellektuellen Potentials der Gesellschaft werden unsere Unterstützung erfahren. (Beifall).

Genossen! Sozialökonomische Probleme haben sich im Lande viele angehäuft, und das ist aus den Diskussionen auf dem Kongreß ersichtlich. Sie alle verdienen eine ernste Beachtung. Ihre Lösung ist nur bei angespannter, sehr produktiver Arbeit der gesamten Volkswirtschaft, eines jeden Menschen möglich. Nur die Einigkeit und die Weisheit des Volkes können das Land aus der schweren Lage herausführen.

Uns steht eine umfangreiche Arbeit zur Realisierung des Kurses der Partei auf die Erneuerung der sowjetischen Gesellschaft bevor. Sie ist nur unter der Bedingung der politischen Stabilität im Staat, der koordinierenden Bemühungen aller Völker des Landes erfüllbar. Die neue Zusammensetzung des Ministerrats der UdSSR wird alles Nützliche, was sich in den vergangenen Jahren angesammelt hat und was der Kongreß der Volksdeputierten erarbeiten wird, auswerten und auf dieser Grundlage eine strikte, dynamische Fortbewegung des Landes auf dem Wege der Umgestaltung und des Progresses anstreben. Darin liegt der Sinn unserer ganzen Arbeit. (Beifall).

Erste Welttage der estnischen Jugend begonnen

Welttage der estnischen Jugend sind am Donnerstag in Tallinn eröffnet worden. Zum ersten Mal versammeln sich estnische Jugendliche aus verschiedenen Regionen der UdSSR, aus Kanada, Australien, Argentinien und vielen anderen Ländern — Erben gemeinsamer Kultur und Tradition, die die Wogen des Schicksals und geschichtliche Umstände über die ganze Welt verstreuten, in ihrer historischen Heimat — Estland.

Auf dem Programm der Tage, die bis zum 18. Juni andauern, stehen Auftritte von Folkloresambles, Demonstrationen von Traditionsgewerben sowie Besuche von Museen und historischen Plätzen der Republik. Vor den Jugendlichen treten Schriftsteller und estnische Rock-Gruppen auf. Vertreter estnischer und ausländischer gesellschaftlicher Bewegungen können in Diskussionen und Seminaren Probleme erörtern, die die estnische Jugend bewegen. Aktiv beteiligt sich die evangelisch-lutherische Kirche Estlands an den Tagen.

(TASS)

Miniaturoporträt Heines

Nur mit Hilfe eines Vergrößerungsglases kann man ein Porträt Heinrich Heines betrachten, das der 50jährige Maler Samwel Awetisjan aus Armenien geschaffen hat. Es ist auf ein Stückchen Messing von der Größe eines Reiskornes aufgetragen. Unter dem Porträt befinden sich das Geburts- und das Sterbedatum des Dichters.

In der Kollektion Samwel Awetisjans befinden sich mehr als 100 Mikrominiaturen. Auf Messing-, Aluminium- und Perlmutterstücken hat er Friedrich Schiller, Ludwig van Beethoven, Albrecht Dürer und Hermann Hesse geprägt. Als Grund für ein Bild des armenischen Dichters und Komponisten Sajan-Nowa (18. Jahrhundert) wählte der Künstler ein Haar.

(TASS)



Die in der Republikhauptstadt eröffnete Ausstellung „Microcomputer '89“, bot die Möglichkeit, mit den Neuentwicklungen der elektronischen Rechen- und Mikrocomputer-Technologie bekannt zu werden. Eine Reihe von Firmen, gemeinsame Betriebe und Organisationen aus Österreich, Ungarn, China, Singapur, der UdSSR, der BRD, der Schweiz und Schweden demonstrieren hier ihre neuesten Errungenschaften im Bereich

der Schaffung von Personalcomputern, Lokalnets, Verbindungsmitteln, Vervielfältigungs- und anderer Organisationstechnik. Es ist kennzeichnend, daß die meisten ausländischen Teilnehmer der Ausstellung die Kontakte mit den sowjetischen Produktionsbetrieben und Organisationen gerade erst in Gang bringen. Ihrer Meinung nach, bietet der Kasachstan



Markt große Möglichkeiten für den Abschluß von gegenseitig vorteilhaften und langfristigen Verträgen. Die Ausstellung ist unter Bestand der Industrie- und Handelskammer der Kasachischen SSR, des ZK des Komsomol Kasachstans und des kooperativen wissenschaftlich-technischen Jugendzentrums „Turan“ organisiert worden.

Unsere Bilder: In der Abteilung der gemeinsamen ungarisch-schweizerischen Firma „Elkoteknik“. Mit Interesse beobachten die Besucher der Ausstellung die Arbeit eines Exponats der Firma „Kompdata GmbH.“

Fotos: KasTAG

Neues aus Wissenschaft und Technik

Neuartige Dampfanlage entwickelt

Eine neuartige Dampfanlage ist in Charkow entwickelt worden. Sie kann in Autos installiert werden.

Die Anlage besteht aus drei Hauptelementen, die getrennt an besonders günstigen Stellen im Auto untergebracht werden können. Zum „Satz“ gehören ein Erhitzer des Arbeitskörpers, in dem der Brennstoff nicht verbrennt, sondern chemisch oxidiert, eine Volumendehnungs-Rotormaschine (Motor) und ein Abdampfprekursor. Der ganze Arbeitszyklus stellt eine hermetisch abgeschlossene Kette dar. Der Dampfmotor kann mit niedrigoktanigem Benzin, Petroleum oder Methanol, Flüssigpropan oder Gaskondensat betrieben werden. Geeignet sind auch alle

Arten von synthetischen Kohlenwasserstoff-Brennstoffen.

Das Einspritzen der überhitzten Flüssigkeit (mehrere hundert Grad) in die Volumendehnungs-Rotormaschine erhöht den Wirkungsgrad der Anlage. Da Getriebe und Kupplung fehlen, kann das Dampfmodell dreimal so schnell aus dem Stand beschleunigen wie ein herkömmliches Auto mit gleichstarkem Motor. Die ungewöhnlich hohen Zuckerkarakteristiken und der Wirkungsgrad würden es gestatten, Autos der Wolga-Klasse nicht mehr mit einem 100-PS-Motor, wie jetzt, sondern mit einem 20-PS-Motor auszustatten.

Im Vergleich zu dem jetzigen Verbrennungsmotor ist der Dampfmotor gleicher Stärke um vieles leichter. Der Brennstoffverbrauch wird bei Dampfmaschinen mindestens um die Hälfte geringer als bei Verbrennungsmotoren sein. Der neue Motor läuft geräuschlos.

Sympathische Augenentzündung unter Lupe genommen

Wissenschaftler aus dem Moskauer Institut für chemische Physik der Akademie der Wissenschaften der UdSSR haben eine Methode zur Diagnose eines schweren Augenleidens — der sympathischen Augenentzündung — entwickelt. Diese Arbeit ist ein Ergebnis einer fundamentalen Erforschung des Arbeitsmechanismus der Sehzelle.

Wie der wissenschaftliche Mitarbeiter des Instituts Grigori Kalamkarow in einem TASS-Interview mitteilte, entsteht oft bei der Verletzung oder Beschädigung des einen Auges eine Entzündung des zweiten — sympathische Ophthalmie —, die in einem der zehn Fällen zur Blindheit führt. Gewöhnlich wird in den Kliniken der ganzen Welt selbst ein schwach beschädigtes Auge sofort entfernt, um eine Entzündung vorzubeugen. Die sowjetischen Wissenschaftler kamen zu der Schlussfolgerung,

daß einige Eiweißtypen des lädierten Auges, die ins Blut gelangen, die Bildung von Antikörpern bewirken. „Das Immunsystem des Menschen wirkt so, daß diese Antikörper auch das gesunde Auge angreifen“ und eine autoimmunne Reaktion auslösen“, teilte Grigori Kalamkarow weiter mit. „Wie Experimente ergaben, hängt die Entwicklung der sympathischen Augenentzündung vom Zustand und den spezifischen Besonderheiten des Immunsystems ab, deshalb entsteht sie nicht bei allen.“

Die Wissenschaftler aus Moskau entwickelten ein Diagnostikum für das Immunsystem, das gestattet, innerhalb von wenigen Stunden nach dem aus einem Finger des Patienten entnommenen Blut mit einer Genauigkeit bis zu 90 Prozent die Wahrscheinlichkeit der Entwicklung der sympathischen Augenentzündung zu bestimmen. Die neue Diagnosemethode hat schon mehreren hundert Menschen das Augenlicht erhalten.

Horvath-Stück auf der Bühne

Der bekannte Schauspieler und Regisseur aus der BRD Maximilian Schell wird in Moskau das Stück von Ö. von Horvath „Glaube, Liebe, Hoffnung“ inszenieren. Das teilte er im Theaterstudio von O. Tabakow, wo das Stück aufgeführt wird, gegenüber Journalisten mit. Die Bühnenbilder entwirft George Segal (USA).

„Gemeinsame Arbeit ist das beste Mittel für die Entwicklung der Zusammenarbeit“, sagte Schell. Die Idee der Aufführung entstand vor einigen Jahren, als der Schauspieler an den Dreharbeiten der Fernsehserie „Peter der Große“ in Moskau, Leningrad und Susdal teilgenommen hatte. Damals machte er sich mit dem Kulturleben der UdSSR vertraut.

Das Stück soll Anfang der nächsten Spielzeit seine Moskauer Premiere erleben. (TASS)

Humanitärer Hilfsakt

Enzyklopädien, Kataloge, Handbücher über verschiedene Wissenschaftszweige in deutscher Sprache hat die Bibliothek der Akademie der Wissenschaften der UdSSR in Leningrad aufgenommen. Mit dieser Sammlung mit mehr als 1 000 Titeln ist ein besonderes Blatt in der Biographie der ältesten akademischen Bücherei verbunden. Es symbolisiert eine neue Etappe in der Entwicklung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik.

Die Bundesregierung, der der vor einem Jahr in dieser Bibliothek ausgebrochene Brand bekannt wurde, eröffnete einen nicht rückzahlbaren Kredit für die Wiederherstellung der vernichteten Bestände und den Ankauf von Fachliteratur größter bundesdeutscher Verlage.

Beim feierlichen Zeremoniell der Übergabe der Literatur sagte der Generalkonsul der Bundesrepublik in Leningrad, Cornelius Metternich, daß die Tragödie, die die Schatzkammer des internationalen geistigen Lebens heimsuchte, die bundesdeutsche Öffentlichkeit nahegegangen sein. Der humanitäre Hilfsakt der Bundesregierung zeuge von einer qualitativ neuen Etappe der freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR, die während des bevorstehenden Besuchs des führenden sowjetischen Repräsentanten M. S. Gorbatschow in Bonn weitere Entwicklung erfahren werden. (TASS)

Dieser Tage ist plötzlich Viktor HERDT, Sohn des bekannten sowjetischen Schriftstellers Woldegar Herdt im Alter von 40 Jahren tragisch ums Leben gekommen. Wir drücken dem Vater des Verunglückten sowie den Hinterbliebenen unser tiefempfundenes Beileid aus. Die Redaktion

Chefredakteur Konstantin EHRICH

Unsere Anschrift:

Kazachskaja CCP, 480044, Alma-Ata, ul. M. Gorkogo, 50, 4-й этаж



Vorzimmer des Chefredakteurs — 33-42-69; stellvertretende Chefredakteure — 33-92-91, 33-38-53; Redaktionssekretär — 33-37-77, Sekretariat — 33-34-37; Abteilungen: Propaganda — 33-38-04; Parteipolitische Massenarbeit — 33-38-69; Sozialistischer Wettbewerb — 33-33-09; Wirtschaftsinformation — 33-25-02; 33-37-62; Kultur — 33-43-84, 33-33-71; Leserbrief — 33-48-29, 33-33-96, 33-32-33; Literatur — 33-38-80; Stilredakteur — 33-45-56; Übersetzungsbüro — 33-26-62; Schreibbüro — 33-25-87; Korrektoren — 33-92-84. Unsere Korrespondentenbüros: Dshambul — 5-19-02; Kustanai — 5-34-40; Pawlodar — 46-88-33; Petropawlowsk — 6-53-62; Zellinograd — 2-04-49.

«ФРОЙНДШАФТ» ИНДЕКС 65414

Выходит ежедневно, кроме воскресенья и понедельника

Ордена Трудового Красного Знамени типография Издательства ЦК Компартии Казахстана 490044, пр. Ленина, 2/4

Газета отпечатана офсетным способом М 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 П 1 2 3 4 5 6 7 8 9 10 Объем 2 печатных листа УГ 01210 Заказ 121356